10. Juli 91

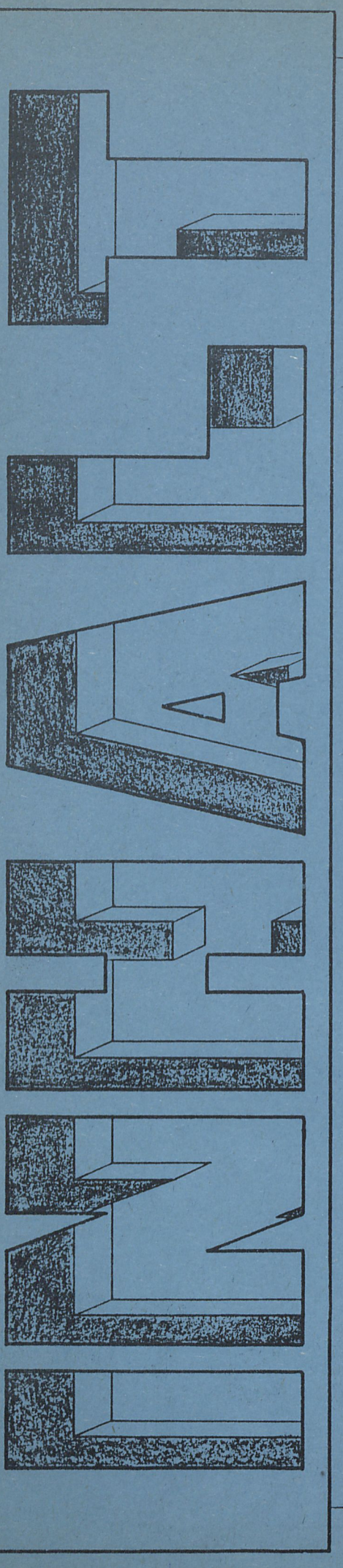
Hochdruck

Zeitung für die StudentInnenschaft der THD No. 4 Jahrgang 2

ÄTHIOPIEN

Fakten jenseits der Schlagzeilen

KURDISTAN



TH-Nachrichten

Stupa - Ein Bericht? 30
Parkhaus - erste Maßnahmen gegen die Abgase 32
Vorstellung - das neue Verkehrs-Referat 36

Ausland

Äthiopien - Fakten außerhalb der Schlagzeilen 4
Kurdistan - der historische und politische Hintergrund 10
Kurdistan - was Hilfsorganisationen berichten 13

Inland

Neues Feindbild für die Bundeswehr 22
Scientology - ‚Destruktiver Kult' 26
Die erste deutsche Frauenmesse 37

Ökologie

Schacht Konrad - Atommüll unter die Erde? 24
TAT presents: neues Buch zur Kraft-Wärme-Kopplung .....

Kultur

‚Pretty Woman' (Der Text zum Film) 19
GEDICHT 20
ESSAY 21

Leserbrief

Innovationen in der Kunstproduktion?! 15

Studium

Gedanken zur Wissenschaft 17
Bösartiges zum ZiT-Symposium 34
Sexismus an der TH 35

Infos

Krankenversicherungen für Studierende - Wissenswertes 28
Betrug mit Auslandspraktika - Warnenswertes! .....
Studienplatzwechsel - Tauschenswertes? 38

Veranstaltungen/Termine

Bildungsangebote an der TH (und außerhalb) 38
Schloßkellerprogramm im Juli, August... 39
DER Terminkalender 40

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.	AStA der TH Darmstadt
Auflage:	2500 Stück
Redaktion:	Volker Blees, Adam Both, Uli Franke, Heike Kaiser, Andreas Lauth
Erscheint:	Alle 2-3 Wochen im Semester
Druck:	AStA-Druckerei
Anzeigen:	Polizeipräsidium in der Nieder-Ramstädter-Str. 177

VORWORT

Der Angriff der Einweg-Lawine konnte nur mit vereinten Kräften von (Müll-)Mensch und Natur noch einmal abgewehrt werden. Essen, Trinken und Vergnügen wurden massenhaft konsumiert, für gute Laune sorgte der Alkohol. Bis ins Info-Referat drangen beim Layout dieses HochDrucks das elektronische Genöle aus der Geisterbahn und die Schreie der in der großen Schaukel ihr Abenteuer Suchenden, bis wir uns endlich selbst mit dem Plastikbecher in der Hand vor dem Schloßkeller wiederfanden. Was gibt es in Darmstadt Schöneres als das Heinerfest?

In dieser letzten Ausgabe des HochDrucks vor den Sommerferien haben wir den Schwerpunkt auf die Berichterstattung über Krisengebiete in der sogenannten ‚Dritten Welt' gesetzt: Ist die Situation in Kurdistan und Äthiopien ‚Schicksal' oder ist sie durch politische Entscheidungen nicht zuletzt bei uns vorprogrammiert worden? Worin liegen (gerade in diesem Zusammenhang) die neuen Aufgaben der Bundeswehr? Solche Fragen werden in den Beiträgen auf den nächsten Seiten diskutiert.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Heftes ist den schwer verdaulichen, aber sehr nahrhaften Texten von Harald Hellweg-Mahrt und den Reaktionen auf seine Gedanken gewidmet. Was wäre der Hochdruck ohne Harald?

Viel Spaß hatten wir mit der Zuschrift von Prof. Lauterborn, der in Wort und Bild beschreibt, wie er sich gegen die Folgen des Parkhochhauses zu schützen gedenkt. Wir freuen uns natürlich über den Protest auch von Seiten der ProfessorInnenschaft; doch es sei auch die Frage gestattet, ob das Engagement eines Vertreters der ‚Wissenschaft', die im Grunde diesen Staat und die in ihm betriebende Politik erst möglich macht, nicht ein gutes Stück tiefer ansetzen sollte als an einem Parkhaus, dessen Zufahrt mehr oder weniger zufällig am eigenen Büro vorbeiführt. Wer ein (Studien-)System unterstützt, das mehr und mehr die Ausbildung von unkritischen Menschen in der schnellstmöglichen Zeit betreibt und fordert, braucht sich nicht zu wundern, wenn solche Menschen später (als PolitikerInnen, ‚Sachverständige', ProfessorInnen...) Entscheidungen fällen, die jedem gesunden Menschenverstand widersprechen.

Langer Rede kurzer Sinn: Schöne Semesterferien, viel Erfolg bei den unvermeidlichen Prüfungen, niedrige Schadstoffwerte in der Parkhausluft, guten Appetit in der Mensa und auch sonst alles Gute wünscht sich

Eure HochDruck-Redaktion

Äthiopien und Eritrea auf dem Weg zur Freiheit?

Ein Land der 3.Welt ist für die Medien in der Regel nur dann von Interesse, wenn von dort über spektakuläre Naturkatastrophen oder blutige Gemetzel berichtet werden kann. Bleibt ein solches aus, zieht die sogenannte Weltöffentlichkeit zum nächsten Massaker weiter. Einen schlagenden Beweis für diese These lieferte die aktuelle Berichterstattung über die jüngsten Umwälzungen am Horn von Afrika. Da bei dieser Art von Informationen Hintergründe politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen meist unklar bleiben, wollen wir an dieser Stelle versuchen, einen Überblick über die historische Entwicklung der Konflikte in Äthiopien und Eritrea zu geben und die aktuellen Probleme und Lösungswege zu skizzieren.

Ein zentraler Punkt in der heutigen Auseinandersetzung in Äthiopien bildet der Streit zwischen den Anhängern des Selbstbestimmungsrechtes der Völker Äthiopiens und Eritreas und den Verfechtern der Einheit Äthiopiens. Um die Verbindung sozialer und ethnischer Konflikte am Horn von Afrika zu verstehen, ist es notwendig, sich die Entstehungsgeschichte Äthiopiens zu vergegenwärtigen.

Wie in den meisten Ländern der 3.Welt liegt die Wurzel der heutigen Spannungen in der Zeit des Kolonialismus am Ende des letzten Jahrhunderts. Nach Eröffnung des Suezkanals 1869 erlangt das Rote Meer für den Seeweg nach Indien entscheidende strategische Bedeutung. Großbritannien, Italien, Frankreich und Rußland mischen sich deshalb aktiv in Äthiopien und Eritrea ein. Bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts hat diese Einmischung die folgenden Resultate:

- Mit britischer und italienischer Hilfe kann sich der amharische Feudalherrscher Menelik II. gegen Yohannes IV. von Tigray durchsetzen und als Kaiser die bislang selbständigen Feudalreiche im heutigen nördlichen Äthiopien unterwerfen. Seit dieser Zeit bildet die amharische Elite die Führungsschicht in Äthiopien und verdrängt die Feudalherren aus Tigray von der Leitung des äthiopischen Reiches.

- Menelik II. dehnt Äthiopien nach Süden aus und unterwirft das Volk der Oromos. Faktisch werden die Oromos zu Leibeigenen der amharischen Eroberer.

- Durch diese Expansion nach Süden macht Menelik den Italienern den Weg in Eritrea frei. Eritrea wird zur Kolonie des kapitalistischen Italiens und nimmt eine Entwicklung, die sich fortan von dem feudalen Äthiopien beträchtlich unterscheidet.

Im Vertrag von Wichale (Ucciali) erkennen die Imperialisten 1889 diese Entwicklung an. Die amharische Feudalelite profitierte so als führende Schicht des äthiopischen Reiches von der kolonialen Aufteilung Afrikas. Von einem einheitlichen äthiopischen Staat kann man also erst seit dieser Zeit sprechen. Bemerkenswert ist, daß Äthiopien sich als einziges afrikanisches Land nicht nur seine staatliche Unabhängigkeit bewahren sondern sich auch noch weiter ausdehnen konnte.

An der Vorherrschaft der Amharen in Äthiopien änderte auch der Versuch des faschistischen Italiens nichts, 1935 Äthiopien zu seiner Kolonie zu machen. Gemeinsam mit den Briten kämpften die Völker Äthiopiens und Eritreas gegen die faschistische Okkupation. Die Niederlage Italiens 1941 brachte den Völkern Äthiopiens jedoch keine demokratischen Freiheiten, sondern lediglich die Wiedereinsetzung von Kaiser Haile Selassie als absoluter Herrscher in Äthiopien.

Als sich 1943 die Bauern Tigrays gegen Haile Selassie und die einheimischen Feudalherren erheben, werden sie von der kaiserlichen Armee erbarmungslos unterdrückt. Das demokratische Großbritannien setzt seine Luftwaffe für Flächenbombardements auf die Hauptstadt Tigrays und dessen Umgebung ein. In den folgenden Jahren werden tausende von Bauern aus Tigray von ihrem Land vertrieben. Während der kaiserlichen Herrschaft gehört Tigray zu den rückständigsten Gebieten des ohnehin unterentwickelten Äthiopiens. Die Tatsache, daß es für die ca. fünf Millionen Einwohner Tigrays zu dieser Zeit lediglich fünf Ärzte gab, macht dies auf erschreckende Weise deutlich.

Eigenständige Entwicklung in Eritrea

Die politische und gesellschaftliche Entwicklung Eritreas verlief in vollkommen anderen Bahnen als im kaiserlichen Äthiopien, besonders nachdem es am 1. Januar 1890 offiziell zur italienischen Kolonie erklärt worden war. In der ersten Zeit der italienischen Kolonialherrschaft hatte Eritrea für Italien primär die Funktion, als Schaltstelle für die Penetration Nordostafrikas und Arabiens für den italienischen Handel zu dienen. Es wurde bewußt auf eine Industrialisierungspolitik verzichtet und vor allem die Infrastruktur (Straßen, Eisenbahnen, Häfen) ausgebaut.

Nach der Machtergreifung des Faschismus in Italien sollte Eritrea zum Sprungbett für dessen expansionistischen Absichten ausgebaut. Deshalb wurden landwirtschaftliche Großbetriebe aufgebaut und vor allem die Industrialisierung Eritreas vorangetrieben. Für die eritreischen Bauern bedeutete diese Entwicklung die Vertreibung von ihrem Boden, und den Zwang ihre Arbeitskraft in der Landwirtschaft, im Bauwesen und der Industrie anzubieten. Mit dieser Herausbildung einer Industriearbeiterschaft ging eine enorme Verstädterung einher. Um 1940 lebte bereits 20% der eritreischen Bevölkerung in den Städten.

Gleichzeitig verstärkten die italienischen Faschisten die rassistische Segregation der eritreischen Gesellschaft. Nach der Verstärkung der Rassentrennung im Schulwesen wurde diese auch im Wohnbereich und Transportwesen eingeführt. Der Zugang zur italienischen Staatsbürgerschaft wurde erschwert, und Ehen zwischen Italienern und Eritreerinnen bzw. Äthiopierinnen wurden zu einer Straftat erklärt.

Die Niederlage des faschistischen Italiens im 2.Weltkrieg brachte Eritrea jedoch nicht die zunächst von Großbritannien versprochene Unabhängigkeit sondern lediglich eine neue Form der imperialistischen Beherrschung. Eritrea stand ab 1941 unter britischer Militärverwaltung. Da die Briten begannen, die Industrie in Eritrea zu demontieren, wuchs die Arbeitslosigkeit in Eritrea beträchtlich und viele Arbeiter waren gezwungen wieder, in ihre Heimatdörfer zurückzukehren.

Großbritannien verfolgte zunächst das Ziel, Eritrea zu teilen und das Hochland sowie die Küstenregion Äthiopien zuzuschlagen und die westlichen Ebenen dem anglo-ägyptischen Sudan anzugliedern. Die Erlaubnis von Presse-, Informations- und Versammlungsfreiheit benutzte Großbritannien dazu, um für diesen Plan bessere Voraussetzungen zu schaffen. Das eritreische Volk sollte entlang religiöser und Stammesunterschiede gespalten werden.

Trotz des erheblichen Drucks, den die Orthodoxe Kirche auf die Christen ausübte, kann kein Zweifel bestehen, daß in den 40er Jahren die überwältigende Mehrheit der Eritreern die Unabhängigkeit favorisierte.

Das entscheidende Wort über das weitere Schicksal Eritreas aber sprachen die USA. Mit Hilfe der von ihnen beherrschten UNO setzten sie durch, daß Eritrea mit Äthiopien ab 1952 in einer Föderation verbunden wurde. Diese Föderation ebente Äthiopien den Weg zur endgültigen Annexion Eritreas. So wurden die von der UNO ausgearbeitete demokratische Verfassung Eritreas von dem herrschenden autokratischen Absolutismus Äthiopiens nach und nach außer Kraft gesetzt. Zuerst wurden alle Parteien aufgelöst, die Äthiopien kritisch gegenüberstanden, dann wurde die in der Verfassung verankerte Pressefreiheit aufgehoben und Tigrinya und Arabisch durch Amharisch als Amtssprache ersetzt. Als 1958 auch die Gewerkschaften aufgelöst werden, protestiert die eritreische Arbeiterklasse mit einem vierwöchigen Generalstreik. Als das Militär gegen Gewerkschafter vorgeht, werden meherere hundert getötet. 1962 annektiert Äthiopien Eritrea endgültig. Die Vereinten Nationen schweigen zu diesem offenkundigen Rechtsbruch.

Geostrategische Interessen der USA

Ebenso wie die UN billigten die USA die Annexion Eritreas. Schon 1952 erklärte der US-Außenminister John Forster Dulles:

> „Vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus muß die Meinung des eritreischen Volkes Berücksichtigung finden. Dennoch machen das strategische Interesse der Vereinigten Staaten am Roten Meer, Sicherheitsüberlegungen und der Weltfriede erforderlich, daß das Land mit unserem Alliierten, Äthiopien verbunden wird."

Weshalb die USA Äthiopien nicht nur in Eritrea freie Hand ließen sondern das Feudalregime Haile Selassies aktiv unterstützten, ist offensichtlich.

In den 50er Jahren wurde Äthiopien zu einem wichtigen Baustein innerhalb der US-amerikanischen Geostrategie. Nachdem die USA nach dem Ende des 2.Weltkrieges endgültig die Nachfolge Großbritanniens als vorherrschende imperialistische Macht angetreten hatten, verfolgten die USA die Absicht, die nach nationaler Unabhängigkeit strebenden Araber durch einen Ring von Staaten einzukreisen, die eng mit den USA verbündet waren. Im Nordosten wurde diese Kette von der Türkei, dem Iran und Israel gebildet. Der südliche Pfeiler sollte Äthiopien sein.

Drei Faktoren bestimmten die US-amerikanische Unterstützung für das rückständige Feudalregime des äthiopischen Kaisers Haile Selassie:

- Durch die Föderation mit Eritrea war Äthiopien neben Israel das einzige nichtarabische Land, das einen Zugang zum Roten Meer besaß.
- Die Regierung von Äthiopien stellte die ehemaligen britischen Basen in Eritrea den USA zur Verfügung. Die Luftwaffenbasis und der Horchposten Kagnew Station bei Asmara in Eritrea war ein idealer Ausgangspunkt zur Überwachung und Kontrolle der arabischen Welt.
- Die Quelle des Blauen Nils befindet sich in Äthiopien. Damit bietet sich zumindest die Möglichkeit über die Kontrolle des Nilwassers Druck auf den Sudan und Ägypten auszuüben.

Zusammenbruch des Feudalregimes

Im Ausland gelang es Kaiser Haile Selassie, sich als Führer eines selbstbewußten afrikanischen Staates darzustellen. In Wirklichkeit war Äthiopien unter seiner Herrschaft eine rückständige Despotie, in der nationale Unterdrückung, feudaler Absolutismus und Ausbeutung der Bauern einem ungeheuren Luxus und Reichtum des Adels und der Orthodoxen Kirche gegenüberstanden.

Ironischerweise war es die Annexion Eritreas, die entscheidend zum Sturz des Kaisers beitrug. Nachdem dem eritreischen Volk alle friedlichen Mittel zur Durchsetzung der Selbstbestimmung genommen worden waren, nahm es 1961 den bewaffneten Kampf auf, den die kaiserliche Armee nicht niederschlagen kann. Hinzu kam die Unfähigkeit des Feudalregimes die Folgen der Dürre in den Jahren 72/73, als 200.000 Menschen in den Provinzen Tigray und Wollo an den verhungern, zu bewältigen. Diese Ereihnisse machten weiten Kreisen der äthiopischen Gesellschaft den Charakter der Herrschaft Haile Selassies deutlich und läßt sie nach Alternativen suchen.

Zu Beginn des Jahres 1974 kommt es zu einer Serie von spontanen Streiks und Meutereien in der Armee. Zunächst versucht der Kaiser, den Aufstand mit Gewalt zu unterdrücken, er muß jedoch bald seine Macht an einen Militärrat(DERG) abgeben. Angesichts des spontanen Charakter des Aufstandes und der Unerfahrenheit der politischen Organisationen der Arbeiter und Studenten, die den Protest gegen das alte Regime zu organisieren versuchten, gelingt es dem DERG die politische Macht zu monopolisieren. Zeitweise spielt er die verschiedenen zivilen Organisationen geschickt gegeneinander aus, als der Zeitpunkt günstig erscheint, wird um die Jahreswende 77/78 die städtische Opposition im sogenannten „Roten Terror"liquidiert. Seit dieser Zeit sind alle Oppositionsbewegungen gezwungen, auf dem Land zu operieren.

Zeitweise konnte der jedoch DERG auch eine gewisse Unterstützung unter den Bauernmassen mobilisieren, da er die ökonomischen Grundlagen des feudalen Ausbeutungssystems beseitigte und die ungeheuren Ländereien der Kirche verstaatlichte sowie einige Angehörige der kaiserlichen Familie hinrichtete oder inhaftierte. Trotz dieser Maßnahmen blieb der grundlegende Cha-

rakter der Gesellschaft weiter bestehen. Die alte kaiserliche Bürokratie wurde nahezu bruchlos in das angeblich sozialistische Äthiopien übernommen. An der Vorherrschaft der amharischen Elite rüttelte auch der DERG nicht.

Diese Vorherrschaft fand ihren ideologischen Ausdruck in der Parole des DERG „Ethiopia Tikdem", Äthiopien zuerst. Zwar sprach sich auch der DERG für das Selbstbestimmungsrecht aus und forderte verbal die Gleichbehandlung aller Nationalitäten, in der Realität wurden jedoch alle wichtigen Positionen in Armee, Wirtschaft und Verwaltung von Amharen kontrolliert. Vor allem in Eritrea stieß diese Politik auf den fortgesetzten Widerstand der Bevölkerung. Die Antwort des DERG bestand in einer Verschärfung der Repression.

Intervention der Sowjetunion

Zu Beginn seiner Herrschaft sah sich der DERG einer weiteren Bedrohung gegenüber. Die Regierung des Nachbarlandes Somalia versuchte die internen Schwierigkeiten Äthiopiens auszunutzen und den Ostteil Äthiopiens zu erobern. Da die USA durch ihre Unterstützung der kaiserlichen Regierung in Äthiopien diskreditiert sind, wendet sich der DERG an die Sowjetunion mit der Bitte um militärische Unterstützung. Über die direkte Waffenhilfe hinaus verspricht sich die Offiziersclique des DERG um den Obersten Mengistu Haile Mariam von der Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Lager die Legitimierung ihrer Herrschaft über Äthiopien durch die an Moskau orientierten Organisationen als fortschrittliche gesellschaftliche Entwicklung.

Nach einigem Zögern entschließt sich die sowjetische Führung tatsächlich, Mengistu zu unterstützen und die Diktatur des DERG als sogenannten nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg rot zu lackieren. Für die Herren des Kreml waren solche ideologischen Rechtfertigungen jedoch sekundär, sie hatten eher die geschwächte politische Position ihres Landes im Mittleren Osten im Auge, einer Region, die direkt an die Sowjetunion grenzt.

Denn in der Mitte der zweiten Hälfte der 70er Jahre mußte die Sowjetunion befürchten, daß die USA in der Region die unbestrittene Vormacht erringen und von dort aus die Sowjetunion bedrohten. Schon Anfang der 70er Jahre wurden die sowjetischen Berater aus Ägypten ausgewiesen und 1977 auch aus dem Sudan. Im Iran saß der mit den USA eng verbundene Schah noch scheinbar fest im Sattel und in den Beziehungen zum Irak waren auch nicht mehr ungetrübt. Die entscheidende Bedrohung für die Stellung der Sowjetunion im arabischen Raum ging aber vom Camp-David Abkommen zwischen den USA, Israel und Ägypten aus, mit dem die USA den Anspruch anmeldeten ohne Rücksicht auf die UdSSR die Region nach ihren Interessen auf Kosten der Palästinenser zu ordnen. Vor diesem Hintergrund bildete das Engagement der Sowjetunion in Äthiopien ein Gegengewicht zum verstärkten Einfluß in den arabischen Staaten.

Für die Völker Äthiopiens und Eritreas bedeutete die Intervention der UdSSR und ihrer Verbündeten eine Katastrophe. Da die UdSSR unfähig war, Äthiopien nennenswerte wirtschaftliche Unterstüzung zu leisten, bestand ihre Hilfe lediglich aus Waffenlieferungen. Die bisher von der BRD ausgebildete und ausgerüstete Polizei wurde nun von den Experten des MfS der DDR angeleitet. Die Konsequenz war, daß die Armee Äthiopiens zur größten Armee Schwarzafrikas wurde und nach dem Sieg über Somalia ausschließlich zur Unterdrückung Eritreas und der äthiopischen Opposition eingesetzt wurde. 70% der Staatsausgaben wurden vom Militär- und Repressionsapparat verschlungen.

Fortschritte der Opposition

Mit Hilfe seiner ostdeutschen Berater gelang es Mengistu zwar, die städtische Opposition zu beseitigen, die nationale Unterdrückung und die Fortsetzung des Krieges riefen jedoch immer wieder neue Auflehnung hervor. Insbesondere den Widerstand der Oromos und in Eritrea und in Tigray konnte der DERG niemals vollständig unterdrücken.

In Eritrea gelang es der 1970 gegründeten EPLF(Eritrea Peoples Liberation Front), zur führenden Kraft zu werden. Für die heutige Dominanz der EPLF sind eine Reihe verschiedene Faktoren von Bedeutung:
Der EPLF gelang es, die von der britischen Militäradministration und dem kaiserlichen Regime künstlich verschärften Spannungen zwischen dem muslimischen und christlichen Bevölkerungsteil Eritreas abzubauen sowie die Einmischung arabischer Regimes in den eritreischen Befreiungskampf zu unterbinden. Statt sich von ausländischer Unterstützung abhängig zu machen, forderte die EPLF auf die eigenen Kräfte zu vertrauen.
Entscheidend für die Stärke der EPLF war jedoch ihre Strategie, die nationale Befreiung Eritreas mit einer sozialen Umgestaltung der Gesellschaft zu verbinden. Gemeinsam mit den aus den Reihen der Bauern demokratisch gewählten Dorfversammlungen wurde eine Landreform durchgeführt und der Boden der feudalen Grundherren aufgeteilt. Diese Landreform wurde mit der Einführung moderner Anbautechniken, dem Aufbau eines Beratungsnetzes und eines Veterinärdienstes, dem Bau von Brunnen und Dämmen und weiteren Maßnahmen verbunden. Die Landreform gab auch Frauen erstmals das Recht, Land zu besitzen. In vielen Dörfern wurden von der EPLF erstmals Schulen eingerichtet und ein Gesundheitswesen geschaffen.
Dadurch verschaffte sich die EPLF den Rückhalt in der Bevölkerung Eritreas, um auch der äthiopischen Besatzung militärisch etwas entgegensetzen zu können. Obwohl die EPLF aus dem Ausland keine nennenswerte Unterstützung erhielt und trotz der weitaus besseren Ausrüstung, gelang es der äthiopischen Armee niemals das Basisgebiet der EPLF einzunehmen.

In Tigray ist seit 1975 die TPLF(Tigray Peoples Liberation Front) aktiv. Ebenso wie in Eritrea wurde in Tigray eine Landreform durchgeführt. Hierdurch und durch eine effiziente Bekämpfung der Folgen der Dürre konnte die TPLF das Vertrauen der Bauern gewinnen. Einen entscheidenden Schritt vorwärts machte die Opposition gegen den DERG 1989 mit dem Zusammenschluß der auf unterschiedlichen Nationalitäten basierenden Organisationen TPLF, EPDM(Ethiopian Peoples Democratic Movement), OPDO(Oromo Peoples Democratic Organisation) und EDORM(Ethiopian Democratic Officers Revolutionary Movement) zur EPRDF(Ethiopian Peoples Revolutionary Democratic Front).

Ende Mai dieses Jahres gelang es der EPRDF, den DERG zu stürzen und die Macht in Addis Abeba zu übernehmen. Zur gleichen Zeit konnte die EPLF Eritrea vollständig befreien und verwaltet bereits heute Eritrea faktisch wie einen eigenständigen Staat.

»Dafür, daß Sie so tief an uns verschuldet sind, könnten Sie aber wenigstens etwas freundlicher gucken.«

Perspektiven

Nach dem militärischen Sieg stehen die bisherigen Oppositionskräfte jedoch sowohl in Äthiopien als auch in Eritrea vor der bedeutend schwereren Aufgabe, die Folgen des Krieges zu beseitigen und ihren Völkern eine politische und gesellschaftliche Perspektive zu geben.

Unmittelbar nach der Machtübernahme stellte sich der äthiopischen EPRDF das Problem, die Sicherheit in ganz Äthiopien zu gewährleisten, ohne dabei die demokratischen Freiheiten einzuschränken. Da Äthiopien momentan von internationalen Nahrungsmittellieferungen abhängig ist, ist es dem Druck der imperialistischen Staaten fast hilflos ausgeliefert. Diese können sowohl eine wirkliche oder angebliche Instabilität als auch Maßnahmen der Regierung, die zur Widerherstellung der Stabilität getroffen werden, als Vorwand zur Einschränkung der Hungerhilfe oder gar zu verdeckter oder offener militärischer Intervention nutzen. Bislang hat es jedoch den Anschein, als ob die EPRDF terroristische Aktionen oder reines Banditentum weitgehend verhindern konnte.

Zu Hoffnungen Anlaß gibt auch der bisherige Verlauf der Konferenz nahezu aller wesentlicher politischer Organisationen Äthiopiens, die am 1.Juli in Addis Abeba begann und den Grundstein der zukünftigen politischen Ordnung Äthiopiens legen soll. Die EPRDF schlug auf dieser Konferenz eine Vier-Punkte-Charta vor, deren Hauptpunkte die Respektierung der Menschenrechte, regionale Autonomie und die Bildung einer Übergangsregierung sind. Darüberhinaus stimmte die Konferenz einem Referendum in Eritrea über die Unabhängigkeit zu, das in zwei Jahren abgehalten werden soll. Im Gegenzug erklärte sich die EPLF bereit, der Stadt Assab den Status eines Freihafens zuzuerkennen und so den Zugang Äthiopiens zum Meer zu sichern. Gleichzeitig einigte man sich auf die Bildung einer äthiopisch-eritreischen Komission, die die Zusammenarbeit beider Länder auf den Gebieten Sicherheit, Wirtschaft und Verkehr regeln soll.

Mittelfristig steht die EPRDF vor der Aufgabe, demokratische Verhältnisse durchzusetzen, sodaß die bäuerliche Mehrheit Äthiopiens erstmals in ihrer Geschichte ihre Geschicke in die eigene Hand nehmen kann. Dieses politische System einer demokratischen Volksmacht, die auf dem Rätegedanken aufbaut, wie es im Programm der EPRDF gefordert wird, geht über ein Repräsentativsystem bei weitem hinaus und wird auf kurz oder lang auf den Widerstand derjenigen politischen Kräfte und ihrer ausländischen Verbündeten stossen, die ihre bisherigen Privilegien verlieren könnten.

Darüberhinaus ist Voraussetzung eines freien und demokratischen Äthiopien die Respektierung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker Eritreas und Äthiopiens. Die Ausübung des Selbstbestimmungsrecht und demokratische Zustände sind zwangsläufig gleichbedeutend mit einem Ende der Vorherrschaft der amharischen Elite. Jene politischen Organisationen, die heute vorgeben, die Einheit Äthiopiens zu verteidigen, streben in Wirklichkeit nach der Aufrechterhaltung der Dominanz der amharischen Elite. Ein Paradox ist die Verbindung dieser Forderung mit dem Einsatz für den Frieden.

Auf Dauer werden sowohl ein demokratisches Äthiopien als auch ein freies Eritrea dem Würgegriff des freien Weltmarktes ausgesetzt sein. Bislang zeigen sich die Vertreter der Befreiungsbewegungen optimistisch, daß sie die Unabhängigkeit ihrer Länder auch in Zukunft sichern können. Die Erfahrungen von nationalen Befreiungsbewegungen an der Macht wie z.B. in Nicaragua oder Kuba beweisen jedoch, daß emanzipative Bewegungen in der 3.Welt sehr schnell von der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht der westlichen Staaten an die Wand gedrückt werden, wenn es nicht gelingt innerhalb der Metropolen den Widerstand gegen die imperialistische Beherrschung der Welt zu organisieren.

Für Menschen, die ein Ende von Hunger, Elend und Gewalt wünschen, muß es deshalb darum gehen, Ländern wie einem freien Eritrea und einem demokratischen Äthiopien eine Atempause zu verschaffen und sich darüberhinaus hier für ein Ende von Ausbeutung und Unterdrückung einzusetzen.

Johannes,
in Zusammenarbeit mit Studenten
aus Äthiopien und Eritrea

Kurdistan zwischen Kampf und Vernichtung

Seit Ende des zweiten Weltkriegs haben in der ganzen Welt bis heute mehrere hundert regionale Kriege stattgefunden, wobei die Verluste, Zerstörungen und Opfer das Ausmaß des Zweiten Weltkriegs erreicht, wenn nicht überschritten haben. Fast ein Viertel dieser Kriege haben im Nahen und mittleren Osten stattgefunden und diese Region zur Hauptkrisenregion der Erde gemacht.

Der Nahe Osten

Nationen im eigentlichen Sinn des Wortes entstanden in der westlichen Welt während des 18. und 19. Jahrhunderts. Sie waren historische Gemeinschaften, politisch und wirtschaftlich durch Staatsgefüge und einen nationalen Markt zusammegehalten. Dieses Modell des Nationalstaates wurde nach dem Zusammenbruch der Imperien im 19. und 20. Jahrhundert überall übernommen, sowohl in Lateinamerika als auch in Asien und Afrika. Bis Anfang des Jahrhunderts existierten im Nahen Osten keine Nationalstaaten, die gesamte Region stand unter der Herrschaft des Osmanischen und Persischen Reichs.

Erst durch die Unterstützung der Engländer wurde die latent vorhandene Ablehnung der Osmananherrschaft von den Arabern in Kampf ausgedrückt. Die Engländer verfolgten dabei jedoch nicht etwa eine uneigennützige Hilfe, sondern traten nach der angestifteten Schwächung des Osmanenreichs selbst an dessen Stelle im Nahen Osten. Nach dem Zerfall des Osmanenreichs und dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde das Osmanenreich zwischen den beiden Kolonialmächten England und Frankreich aufgeteilt.

So wurden im Nahen Osten neue Nationalstaaten geschaffen, neue Grenzen gezogen, die die geographische, ethnologische, nationale, religiöse Einheit und die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung nicht berücksichtigten. Ausschließlich kolonialistische Interessen bildeten die Grundlage für die Grenzen der neu geschaffenen Staaten.

Konflikte und Kriege wurden so für die nächsten 100 Jahre nach der Aufteilung vorprogrammiert, geradezu geplant. Nur die Aufsplitterung des Arabischen Volkes in viele ungleiche Staaten unter der Herrschaft verschiedenen Großfamilien, die als Marionetten den Kolonialmächten und ihren eigenen Interessen dienten, sicherte den westlichen Staaten die indirekte Vorherrschaft in der Region. Es galt, Handelslinien nach Indien, freien Zugang zu den diversen Bodenschätzen und sichere Absatzmärkte zu erhalten.

Kurdistan

Kurdistan umfaßt ein Gebiet von ca 550.000 km^3, das von Vansee bis zum Urmiye-See über den Berg Ararat reicht und in dem das kurdische Volk seit Jahrtausenden lebt.

Die Geschichte des Kurdischen Volkes läßt sich sehr weit zurückverfolgen. Erste Aufzeichnungen über die Geschichte Nord-Mesopotamiens – des heutigen Kurdistans – stammen aus dem Jahre 3000 v. Chr. Das Territorium der Kurden ist im Laufe seiner tausendjährigen Geschichte immer wieder überfallen und erobert worden. Unter all den verschiedenen Herrschaften hat es jedoch seine Eigenständigkeit nie aufgegeben. Keiner der erobernden Mächte war es je gelungen, die Kurden wirklich zu beherrschen und in das tägliche Leben der Kurden einzugreifen. Im Zeitalter der Ausbreitung des Islam um 1300 beispielsweise befand sich Kurdistan unter arabischer Herrschaft, doch im Grunde waren die kurdischen Stammesführer weiterhin die einzigen von der Bevölkerung anerkannten Autoritäten.

Im Jahre 1639 wurde Kurdistan zum erstenmal zwischen dem Osmanischen und Persischen Reich aufgeteilt. Bis zum 19. Jahrhundert konnten die Kurden sich ihre jeweilige innere Eigenständigkeit bewahren, Eingriffe und politische Entwicklungen von Außen änderten wenig an den herrschenden Strukturen. Der erste Weltkrieg brachte die endgültige Zerstörung des Osmanenreiches und übertrug das europäische Nationalstaatendenken in den Orient. Nach dem Krieg wurde Kurdistan bei der Bildung der neuen Nationalstaaten nicht berücksichtigt, sondern nach dem Vertrag von Lausanne 1923 auf vier Staaten aufgeteilt: Türkei, Iran, Irak und Syrien. Das Kurdische Volk hat in vielen Befreiungsbewegungen versucht, Einigkeit und Freiheit zu erreichen, aber es wurde immer wieder brutal unterworfen.

Die Folgen waren Millionen getötete Menschenleben und tausende zerstörte Dörfer und Städte.

Türkei

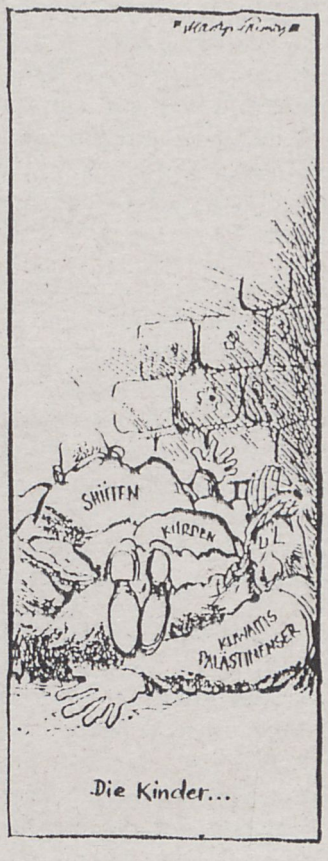
Nach dem ersten Weltkrieg wurde die heutige Türkische Republik unter Mustafa Kemal ‚Atatürk' gegründet. Es kam zu rassistischen Massakern an Griechen, Armeniern und Kurden. Die ganze Brutalität der türkischen Armee erfuhren die Kurden in zahlreichen Aufständen von 1922 bis 1938, nachdem das ihnen gegebene Versprechen auf einen eigenen Staat gebrochen wurde. Bis 1947 herrschte in Kurdistan noch Kriegsrecht. Bis 1965 blieb Ausländern der Besuch Kurdistans verwehrt. Der türkische nationalistische Staat verfolgte einen systematischen Völkermord an den Kurden, teils mit kulturellen Verboten, teils mit Gewalt und Mord. Seit 1978 herrscht in Kurdistan wieder Kriegsrecht, bzw. seit 1983 der Ausnahmezustand, eine verschärfte Form des Kriegsrechts. Am 23. August 1990 teilte die Türkei offiziell dem Europaparlament sogar mit, daß sie bestimmte Menschenrechte in Kurdistan außer Kraft gesetzt habe.

Besonders in den letzten drei Jahren werden Kurden aus den Grenzgebieten zu Irak, Iran und Syrien zwangsumgesiedelt und aus ihren Dörfern vertrieben. Die Anzahl der Vertriebenen dürfte inzwischen bei 500.000 liegen. Im Schatten des Golfkrieges organisierte das türkische Regime einen Massenexodus, um die Gesellschaftsstruktur Kurdistans völlig zu zerstören und so jede Basis für den Aufstand zu vernichten.

Trotzdem bleibt die Türkei ein treues Partnerland der NATO und insbesondere der BRD. Die Türkei schafft die ‚Entkurdisierung' Kurdistans nur durch die massive militärische und wirtschaftliche Unterstützung des Westens.

Iran

Im Iran wurde die Kurdische Republik mit der Hauptstadt Mahabad 1945/46 nur ein Jahr nach ihrer Gründung durch die Iranische Armee mit Hilfe ausländischer Berater zerstört und der Präsident Chasi Mohamed hingerichtet. Seit dieser Zeit lebte das kurdische Volk unter dem diktatorischen Regime des Schahs, der tausende Kurden hinrichtete oder ins Gefängnis steckte. Nach der Vertreibung des Schahs hoffte das kurdische Volk auf ein besseres Leben, auf Demokratie und kulturelle Rechte sowie auf die Entwicklung der Wirtschaft.



Aber das Khomeini-Regime ging viel brutaler mit den Kurden um als seine Vorgänger. Seit 1979 hat es über 50.000 Kurden ermordet und hingerichtet und das Bestreben nach Freiheit brutal niedergeschlagen.

Syrien

Das chauvinistische syrische Regime bekämpfte die Forderung des kurdischen Volkes nach Landreformen und kultureller Autonomie mit Verhaftungen, Verbot der kurdischen Sprache, der Parteien und der Verfolgung ihrer Mitglieder. Der Plan zur Schaffung eines arabischen Gürtels in den von Kurden bewohnten Gebieten wurde 1967 verabschiedet und führte zu Enteignung und Vertreibung der Kurden entlang der türkisch-syrischen Grenze in einem zwanzig Kilometer breiten Streifen. Als Folge dieses Plans wurden 120.000 Kurden im eigenen Land zu Ausländern erklärt, indem man ihnen die syrische Staatsbürgerschaft aberkannte.

Irak

Der Staat Irak in seinen heutigen Grenzen ist, wie die Türkei und Syrien, ein von den Kolonialmächten künstlich geschaffener Staat.

Im Irak wurde die kurdische Befreiungsbewegung nach dem ersten Weltkrieg durch England militärisch niedergeworfen. Seit dieser Zeit setzt sich das kurdische Volk im Irak immer wieder gegen Unterdrückung zur Wehr. Ihrer Forderung nach Freiheit und Gleichheit wurde von den irakischen Machthabern immer mit Waffen, Bombenangriffen, Verbrennen von Dürfern und Städten beantwortet.

Seit der Machtübernahme der Baath-Partei im Jahre 1968 und trotz ihres 1970 geschlossenen ‚Friedensabkommens' wurden 95% aller kurdischen Dörfer zerstört und dem Erdboden hleich gemacht, 300.000 Kurden durch die Armee ermordet und hingerichtet. Tausende verschwanden und zehntausende wurden gefangengenommen, hunderttausende flohen, der Rest wurde deportiert. Die Städte Kurdistas waren riesige Gefangenenlager.

Durch massive Einsätze von Chemiewaffen im Jahre 1988 in der Stadt Halabja konnte das Regime Saddam Husseins den bewaffneten Widerstand der Kurden brechen, aber der Wille nach Freiheit und Demokratie blieb bestehen. Bis zur Niederlage des Irak im zweiten Golfkrieg – da formierte sich der bewaffnete Widerstand der Kurden wieder, um die günstige Stunde der Schwächung des Irak auszunutzen.

Aber Saddam Husseins Armee war nicht zerschlagen, wie wir aus den Medien erfuhren, sondern war noch intakt und konnte den Massenaufstand der Kurden brutal niederschlagen. Millionen von Kurden flüchteten infolge der Massaker. Trotz massiven Waffeneinsatzes konnten nur die Großstädte Kurdistans wieder erobert werden; die ländlichen Gebiete (fast drei Viertel Kurdistans) blieben weiterhin in den Händen der Kurden.

Das kurdische Volk ist das große Volk in der Welt, das seines Rechts auf Selbstbestimmung beraubt ist. Über 25 Millionen Menschen sind seit Jahrhunderten einem reaktionären kolonialistischen Status unterworfen, in einem gevierteilten Land, fast über die ganze Welt zerstreut. Die kolonialistischen Kräfte unternehmen große Anstrengungen, um gestützt auf militärische Gewalt die politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des kurdischen Volkes in den jeweiligen Teilen Kurdistans zu verhindern. Das kurdische Volk hat ein legitimes Recht auf Selbstbestimmung. Ohne dieses Selbstbestimmungsrecht ist eine friedliche Lösung im Nahen Osten nicht möglich.

Vereinigung der
Studenten Kurdistans
im Ausland

Im nächsten HochDruck:

Einfluß der

deutschen Politik

auf die Entwicklung in

Kurdistan

Wider das Vergessen und Verdrängen

Veranstaltung des ‚Solidaritätskomitees Kurdistan'

„Kurdistan? Wo war das noch? Das hatte doch mit dem Golfkreig zu tun!" Soweit sind die Ereignisse in Kurdistan zwar noch nicht verdrängt, doch bei der Veranstaltung „Kurdistan – Ein Volk kämpft ums Überleben" des ‚Solidaritätskommitees Kurdistan' war das öffentliche Interesse im Vergleich zu den ersten Veranstaltungen bereits gewaltig gesunken. So fanden nur ca. 50 Personen den Weg in die Kiesstraße zum evangelischen Gemeindehaus.

Gerade die dort gehaltenen Vorträge von VertreterInnen von medico international, amnesty international und vom Roten Kreuz (RK) zeigten jedoch, wie wichtig gerade eine langfristige Arbeit und deren öffentliche Unterstützung in und für Kurdistan (und nicht nur dort) ist.

Bezeichnenderweise fand gerade Karla Graetz, Oberin des Alice-Hospitals und im Rahmen eines Nothilfeprogramms des RK an der türkisch-irakischen Grenze tätig, den Publikumszuspruch „gar nicht so schlecht". Wie alle Aktionen dieser Art, die das Rote Kreuz durchführt, war auch die Nothilfe für die kurdischen Flüchtlinge allein darauf ausgerichtet, kurzfristig benötigte medizinische Hilfe zu leisten. Entsprechend ist Frau Graetz wohl auch gewohnt, schnell aufbrandende und ebenso schnell wieder abebbende Wellen internationaler Hilfsbereitschaft als ‚normal' zu akzeptieren.

Sie betonte noch einmal die ‚Doktrin' des RK, sich jeglicher politischer Stellungnahme zu enthalten. Nur so könne gewährleistet bleiben, daß in jeder Situation die mit großem logistischem Aufwand aufgezogene Katastrophenhilfe des RK durchgezogen werden kann. Die Nachteile einer solchen Position wurden aber ebenso deutlich: Desertierte irakische Soldaten mußten an das türkische Militär übergeben werden, und nur bei einzelnen Fällen konnte die RK-VertreterInnen die türkischen Verantwortlichen dazu bringen, schwerverletzte kurdische Kinder in ihre Krankenhäuser aufzunehmen. Auch war es nicht möglich, daß kurdische Ärzte unter den Flüchtlingen ihren ärztlichen Pflichten nachkommen konnten.

Anschließend berichtet Evelyne Billo für amnesty international über die dieser Organisation bekannten Menschenrechtsverletzungen in den Staaten, die das Kurdengebiet überdecken: Irak, Türkei, Syrien, Iran und die UdSSR. Hier hob sie vor allem die systematischen Verfolgungen in den beiden erstgenannten Ländern hervor. Anläßlich des Giftgasangriffes auf Halabja durch die Luftwaffe des Irak brachte amnesty sogar erstmalig in seiner Geschichte einen Entschließungsantrag im Weltsicherheitsrat ein, der dort aber zu keiner Reaktion führte, da von einigen Staaten der Irak als ‚Bollwerk' gegen die vom Iran drohende ‚Islamische Revolution' geschätzt und im Krieg gegen diesen unterstützt wurde.

Am aufschlußreichsten war jedoch der Vortrag von Uschi Merck und Dieter Müller, die über die Arbeit von medico int. berichteten. medico ist eine ärztliche Hilfsorganisation, die sich auf den Aufbau langfristiger Projekte und länderübergreifender Netzwerke konzentriert.

medico faßt gerade auch aufgrund eigener Erfahrungen in der Türkei das Kurdenproblem in erster Linie als politisches Problem auf. Den oben genannten, von medico unterstützten lokalen Initiativen, war es möglich, die ersten Flüchtlinge aus dem Irak zu versorgen. Da finanzielle, und damit auch logistische Mittel, wie sie zum Beispiel das einige Tage später eingetroffene RK aufbringen kann, fehlten, war nur eingeschränkte Hilfe

möglich. Diese war aber immer noch effektiver als die ‚airdrop'-Hilfe der Amerikaner, die Salz und Zucker im Schlamm versinken ließ, und außerdem unnötige bis ärgerliche Güter wie Tabasco, Kaffeeweißer und gar Schweinefleisch enthielt.

Das zweite Einsatzgebiet der medico-Hilfe war der Westen des Iran, der doppelt so viele Flüchtlinge aufnehmen mußte als die Türkei, die aber fünf bis sechs mal soviel internationale Hilfsgelder erhielt. Dies sah Dieter Müller darin begründet, daß „die neue Weltordnung ihr moralisches Empfinden nur gegenüber den Ländern ausdrückt bzw. in Taten umsetzt, die sich ihr nicht wiedersetzen."

Dieser Eindruck wurde durch Uschi Mercks Bericht von einer Reise durch das türkische Kurdistan und die anschließende Diskussion weiter erhärtet. Es sollen hierzu nur einige Schlaglichter zur Situation in der Türkei herausgegriffen werden: Das am 12.4.1991 erlassene sogenannte Anti-Terrorgesetz ist eine faktische Legitimierung von Folter und Mord, da dieser Straftaten bezichtigte Soldaten der türkischen Anti-Terroreinheit nur auf Veranlassung des zuständigen Ministeriums verfolgt werden dürfen. Der Gebrauch der kurdischen Sprache in der Öffentlichkeit und vor allem bei und vor staatlichen Ämtern bleibt weiterhin bei Gefängnisstrafe verboten. Die von medico unterstützten lokalen Initiativen sind stärksten Repressionen ausgesetzt. Verhaftet werden z.Bsp. alle Personen, die den ca. 50 0000 Binnenflüchtlingen Hilfe leisten wollen, die es aufgrund der Sprengung kurdischer Dörfer im eigenen Land gibt.

Hier zeigt sich eindeutig, daß (notwendige) Hilfsaktionen kein Ersatz für politisches Handeln sein können, und daß Verdrängen und Vergessen von historischen und politischen Zusammenhängen schlimmste Fehlentwicklungen und Widersprüche produziert, wie den, daß amerikanische Schutztruppen für die irakischen Kurden genau dort stationiert werden, wo Einheiten des NATO-Partners Türkei selbst systematisch kurdiche Dörfer zerstören. Hierzu paßt die Meldung des Darmstädter Echos vom 15.6.91, daß der stellvertretende irakische Ministerpräsident Asis bei einem offiziellen(!) Staatsbesuch in Ankara die Türkei „zur Wahrung gegenseitiger Vorteile" aufrief. Worin diese bestehen, ist einsichtig, wenn man/frau sich daran erinnert, daß vor noch nicht allzu langer Zeit türkische Soldaten kurdische ‚Terroristen' auch auf irakischem Gebiet ‚bekämpfen' durften.

Kurdistan ist und bleibt also ein Problem gerade auch der deutschen Politik, die es schon versäumt hat, rechtzeitig auf den irakischen Völkermord an den Kurden zu reagieren, der spätestens seit Halabja jedem bekannt war, und die es auch jetzt wieder, noch ganz im Bann des ‚Irren von Bagdad', versäumt auf die türkische Kurdenverfolgung geeignete Antworten zu finden. Und mit ‚der Politik' sind keinesfalls nur ‚die Politiker' gemeint, sondern wir alle. Wer sich ohne mit der Wimper zu zucken zum Beispiel auf der Kontakta bei Firmen bewirbt, die an Waffenlieferungen in den Irak beteiligt waren, der muß sich fragen lassen, ob er nicht allzu eilfertig Zusammenhänge verdrängt.

andreas

Anmerkung zum Artikel ‚Un incroyable mathe-info', S. 17

Es ist schade, daß der Autor Harald Hellweg-Mahrt wohl den Sinn des Sonder-Mathe-Infos nicht begriffen hat. Wir wollten den Lesern klarmachen, warum kein reguläres Mathe-Info erscheint. Die zwei abgedruckten Artikel waren nicht – wie Harald unterstellt – die wichtigsten, sondern es waren die einzigen noch vorhandenen.

Warum ist Harald mit seiner Kritik nicht zu uns gekommen? Warum verbreitet er im HochDruck seine persönlichen Wahrheiten, ohne die Betroffenen nach dem Hintergrund zu fragen? Es wäre schön gewesen, wenn er mit der Mathe-Info-Redaktion oder mit dem Autor des abgedruckten Artikels gesprochen hätte. Aber vielleicht erwarte ich zuviel?

Oliver Dräger
Redaktion Mathe-Info
(kurz nach Redaktionsschluß)

S G K K
SOFTWARE-GESELLSCHAFT FÜR
KOMMUNIKATION UND KUNST m. b. H.
Guiollettstr. 78
6000 Frankfurt am Main 1

Frankfurt, 19.06.1991

AStA der Technischen Hochschule Darmstadt
"Hochdruck" - Redaktion
Hochschulstr. 1, Gebäude 11

6100 Darmstadt

Unser Softwaresystem BLIND

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Interesse habe ich das Gedicht und den Essay "'Thesen' zu 'Wissenschaft'" von Herrn Hellweg-Mahrt intellektuell verarbeitet. Wie ich aus diesen Beiträgen schließe, besteht ein Interesse Ihrerseits, Ihre Hochschulzeitung "Hochdruck" aus Mangel an interessanten Artikeln mit modernen Gedichten größerer Länge zu füllen.

Die Länge des Gedichtes von Herrn Hellweg-Mahrt (4 Seiten DIN-A4 Schreibmaschine) beweist sein großes Durchhaltevermögen in Bezug auf die mentale Belastung beim Erstellen größerer Mengen Kunst. Dessenungeachtet möchte ich Sie heute mit einem Hilfsmittel vertraut machen, das Ihnen Zeit und Nerven nicht nur erspart, sondern auch die Ausweitung der schon bei anderen Hochschul- und Studentenzeitungen beliebten sogenannten "Leerseitenfüllungsmethode" in ungeahnte Ausmaße gestattet.

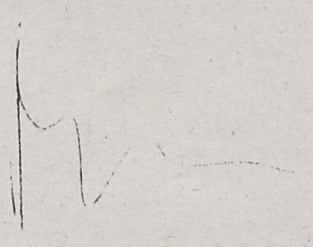
Es ist unser Datenbank- und Textsystem "Bibliothek Linguistisch Intellektueller Neudefinitionen von Dichtung" (BLIND)! Unser System, das man schon fast als künstliche Intelligenz bezeichnen könnte, ist in der Lage, moderne Gedichte in jedweder Länge in Sekundenschnelle zu erstellen. Außerdem ermöglicht es die Erstellung unbegrenzt lange haltbarer philosophischer Texte (siehe Essay oben). Die Kopplung mit einem Zufallsgenerator sorgt dafür, daß jeder Text ein Original ist; etwaige Urheberrechtsprozesse sind deshalb ausgeschlossen.

Sollten Sie interessiert sein und weitere Fragen haben, so rufen Sie mich tagsüber unter der Nummer

069 / 51 36 89 - 4

an oder schreiben Sie mir. Anbei finden Sie eine kleine Kostprobe unseres Computers.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Karl Roßmann-Weiden



T A U B

(un 'incroyable' pastis)

draußen im regen
saugen sie um die wette
sie verlieren die gleichgültigkeit
in einer herde schafe.

alles ist gewollt
doch niemand gibt zu
niemand glaubt. Regen!

heulende gewißheit, taubes furunkel
am boden der seele
brennt wie stein
löscht wie öl
kühlt wie glut.

wer macht den reibach in der freiheitlich demokratischen grundordnung?
lindenstraße?

der sarkasmus liegt mir auf der zunge und muß doch verglühen
eine scheibe wahrheit zergeht auf ihr und in ihr
doch sie ist taub, taub vom ewigen SAUBERLECKEN der beuys'schen
bidets.

fahndungsphotos auf revieren, der regen peitscht gegen das fenster
licht? löslich? lächerlich!
was ist licht?

fragen beschäftigen mich schon seit tagen
erbarmungslos bohrend
stechend
entwaffnend
fassungslos
was ist fassung?

trübe erkenntnis im innern
fahles licht am ende des tunnels
werden wir es je erreichen?

ihr wollt euch distanzieren?
käfig voller narren!
versucht es nur!

SAUGT!!

ihr werdet ihn nie erreichen

zu spät, zu früh

>BREAK IN 54, PRESS RETURN TO CONTINUE

Un incroyable mathe-info

Unglaublich! Die Empörung ließ eisgekühlte Longdrinkstoppeln in Panik vor unkontrollierten Adrenalinschüben ergrauen... Die **Polizei** sollte gar **ein-geschaltet** werden . . . Hatten doch irgendwelche subversiven Kräfte das **fertige** Layout des legendären und altehrwürdigen Mathe-Infos in ihre Gewalt gebracht und in einem aus Schnipselbuchstaben gefertigten Brief gefordert: **MACH'S MIR NOCHMAL DADDY...**

Dieser ‚anarchischen' Aktion sind auch zwei Artikel ‚zum Opfer gefallen', die – entgegen der klassischen Tradition des Mathe-Infos – sich durch eine äußerst komplizierte, ja ‚rätselhafte' Sprache auszeichnen – schießlich läßt sich **alles** klar und deutlich sagen, weshalb also dieser gewollt schwer zu konsumierende Sprach-Gestus? – und für die sich – **wenn überhaupt** – allenfalls Menschen **außerhalb** der Mathematik interessieren. Und **wir** wissen ja: **die** haben eh' keine Ahnung...

Neben der bereits geschilderten Empörung reichte es gerade noch, ein ‚Sonder-Mathe-Info' zu kreieren, das die beiden **wichtigsten** Artikel veröffentlicht: die aktuellsten **Fußballergebnisse** (sic!) **UND** die Feststellung des studentischen Fachbereichsrats Tammo Rock, daß er die ‚Wahrheit'nicht gepachtet habe, was je und insgesamt ein bemerkenswertes Selbstverständnis dokumentiert! Die beiden zuvor genannten Artikel aber, die sich in einer zwar unüblichen, aber kritischen Weise mit ‚Mathematik' und dem Verhalten von Mathematikern auseinandersetzen, erhielten nicht die ‚Ehre' einer Sonderveröffentlichung (obwohl die Manuskripte bei Erstellung des ‚Sonder-Infos' existierten und nur abgerufen zu werden brauchten...).

Sie würden also, sofern nicht im **HOCHDRUCK** jetzt, irgendwann im Wintersemester abgedruckt worden sein. Und **dafür** sind die dort angesprochenen Fragen und Probleme zumindest dem Autor zu wichtig, als daß sie irgendwelchen pseudo-anarchischen oder anderen nachlässigen Aktionen geopfert werden. (Leider auch hier nur einer der beiden Artikel, weil der andere zwar das Verhalten von bestimmten Mathematik-Professoren kritisch beleuchtet, aber insgesamt **nicht** von ausreichend allgemein-hochschul- politischem Interesse zu sein scheint...)

Kleiner Versuch über die ‚Mathematik'

Ist ‚Mathematik' eine „**interessengeleitete, aber wohlfundierte Illusion**"? (also ‚Ideologie'?; Pierre Bourdieu) Eine gewisse ‚Menge' von Studierenden behauptet zwar, **nicht** zu wissen, **was** Mathematik sei, ‚weiß' aber wohl soviel, dieses ‚Unbekannte' studieren zu wollen. (und was heißt studieren? und weshalb studieren?)

Angenommen, Mathematik sei Ideologie, also ‚gesellschaftlich-notwendige' Illusion: weshalb wird das so wenig – wenn überhaupt – problematisiert? Weshalb die Illusion, diese ‚unsere' Mathematik sei die ‚modernste, beste, weitestentwickelte aller denkbaren'? (und was heißt denkbar? und warum denkbar?)

Weshalb **nicht**: Mathematik ist sowohl ‚Dienstleister' für diese Gesellschaft als auch ‚imaginäre Institution'? Institution also, die – in oder mittels einer wenig bewußten ‚Dimension' – jene **vergesellschaftet**, die sie ‚durchlaufen'?

Wem das zu kryptisch oder enigmatisch ist: wieso wird nicht klipp und klar gesagt, in einem Studium der Mathematik werden ‚Verhaltensmuster' geprägt, die nützlich sind für die bestehende Gesellschaft. ‚Nützlich' ist, was die ‚Rahmenbedingungen' **nicht** oder nur darauf befragt, ob und wie sie den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechend geändert werden können. ‚Nützlich' sind Verhaltensmuster, die **besinnungslosen** ‚Konsum' – jene **wichtigste** ‚Prämisse' dieser Gesellschaft – befördern oder ermöglichen.

Wofür wird es zugelassen, jemanden auf die Idee kommen zu lassen, es sei so etwas wie ‚Erkenntnis' im ‚Umgang' mit ‚Gegenständen' der Mathematik überhaupt möglich? Erkenntnis als die „**Beulen im Kopf, die ich mir beim Anrennen gegen die Grenze der Sprache**" hole (Ludwig Wittgenstein)

Und ist die Erkenntnis im Wittgenstein'schen Sinne von der gleichen Art, wie jene, die mich beim Umgang mit einem Algorithmus der Mathematik ‚überfällt' (und wieso Erkenntnis? und wofür?) ?

Fördert der Umgang mit Gegenständen der Mathematik etwas anderes, als den ‚Umgang mit Gegenständen der Mathematik'? Falls ja, **wie**

ließe **es** sich fassen? Hieße das, es gebe ‚universelle' Handlungs- und Denkmuster, die **aller** Mathematik eigen sind? (Ist diese Frage sinnvoll?) Muß ich – wie **Henri Poincaré** – fragen, ob Mathematik überhaupt **möglich** ist? (und was heißt möglich?)

Was unterscheidet ‚Denken' in der Mathematik von Denken **außerhalb** der Mathematik? Gibt es einen Unterschied? Überschreite ich im Umgang mit Gegenständen der Mathematik die „Grenze der Sprache" (welcher Sprache? welche Grenze? was ist ‚überschreiten'?) ?

Was unterscheidet **praxisorientierte** von **theorieorientierter** Mathematik, jenseits von Verbalakrobatik? Gibt es einen Unterschied? Ist er **gesetzt** oder gleichsam **‚natürlich' gegeben**? Ist es praxisorientiert, wenn der angebotene ‚Stoff„ **praktisch irrelevant**" (Hofmann) ist, weil geschaffen für den Lehrbetrieb, für irgendwelche ‚Leistungsnachweise'? Für die wissenschaftliche und wirtschaftliche Praxis jedoch unbrauchbar?

‚Lerne' ich Praxis in einer **Vor**praxis mit ‚Trockenübungen'? (**was** lerne ich? was **nicht**?) Lerne ich Methoden der Ölmalerei, indem ich Kohlezeichnungen anfertige?

Was ist ‚Praxis'? Was ‚Lernen'? Was, wenn die bestehende Ideologie durch eine andere ersetzt würde? Wäre das nicht das gleiche Spiel, nur mit anderen Setzungen?

Was ist von der **Freiheit des Studiums** zu halten, wenn **tatsächlich** allenfalls die Möglichkeit besteht, aus einem beliebigen Bauchladen von Angeboten auszuwählen? Und nicht **die**, das ganze Angebot zu verwerfen? Was heißt dann ‚Freiheit'? **Frei** wovon? Und **was** heißt, Fragen dieser Art seien zu philosophisch? Was **ist** ‚philosophisch'? Was ‚Fragen'?

Wieso dieses unreflektierte Hinnehmen von Gegebenem? Wieso diese Mathematik und **so** Mathematik? Woher die Annahme, der ‚durchschnittliche' Studierende, die ‚durchschnittliche' Studierende (**Wer** hat sie durchgeschnitten?) sei mit derartigen Fragen überfordert?

Treffe ich **tatsächlich** eine Entscheidung – im Sinne einer Auswahl zwischen Alternativen –, wenn ich mich **nicht** mit diesen Fragen beschäftigt habe? Wie soll ‚Innovation', wie **Ent**wicklung **so** möglich sein? Ist nicht Fortschreibung des Immergleichen Fortschreibung des **immer** Gleichen, und damit Festschreibung eines **status** quo? (aber weshalb Wandel? Was ist ‚Wandel'?)

Leben wir in der besten aller Gesellschaften? (Und was heißt ‚leben'?) Ist ein **Wandel** der Mathematik ohne Wandel der Gesellschaft möglich? Ist eine andere Mathematik noch ‚Mathematik'? (und wieso ‚Fragen'?, und wieso wieso?)

Wer ‚Grundlegendes' in ein Grundstudium der Mathematik legen will, sollte sagen, was ‚Grundlagen' der Mathematik sein sollen! Wer **Karlsruhe** und **Technomathematik** sagt, sagt Karlsruhe und Technomathematik und implizit, diese Gesellschaft soll bleiben, wie sie ist. **Ohne** zu reflektieren, **was** Gesellschaft denn sei, und welche Rolle Mathematik darin spielen soll oder kann.

ABER: „Wer will, daß diese Gesellschaft so bleibt wie sie ist, der will **nicht**, daß sie bleibt." (**Erich Fried**)

Wer nach Absolvierung des Vordiploms sagt, ich möchte das Angebot des bestehenden Grundstudiums nicht missen, finde es notwendig, erweist sich als nützlich im Sinne **dieser** Gesellschaft, im Sinne dieses **Staates**! (**Nein, nein**, hier wird nicht der Zeigefinger irgendeiner moralischen Entrüstung erhoben! Wem die mitschwingenden Implikationen oder Konnotationen nicht schmecken, **zeige**, daß die Folgerungen unzutreffendes beschreiben!)

Wer einer bodenlosen Maieutik frönt, erweist sich als ebenso ‚staatstragend' wie jene, die nicht wissen, **was** das denn sei... Reproduktionen einer Methode des Sokrates reproduzieren nicht **die** Methode des Sokrates...

Ich schlage vor, die ‚Diskussion' zum Grundstudium innerhalb der ‚aktiven Fachschaft' abzubrechen, weil offenbar die Mehrheit dieser ‚aktiven' Fachschaft will, daß alles bleibt, wie es ist...

Diskussionen à la ‚NUMA raus oder rein' bewegen sich fein säuberlich im vorzufindenden Rahmen, festigen also jenen status quo. Das Lösen ‚linearer Optimierungsprobleme' – z.B.: **Wie** finde ich den effektivsten Algorithmus zur Organisation des Kaffeeeinkaufs – führt offensichtlich zu jener überwältigenden Erkenntnis, die an **jedem** Gegenstand der Mathematik möglich sein soll... **Dabei** sollten wir es denn auch belassen.

harald hellweg-mahrt

pretty women ...

Wer glaubte noch gleich, der **american dream** sei ausgeträumt, ein alter, zerfranster Hut, den eh niemand mehr trägt? Na, wer? **Falsch**! Doppelt falsch!

Wer illusioniert durch die Gegend, Studentinnen seien auf der Suche nach **Identität, Kausalität, Substanz**, nach einem 'Sinn' ihres unteilbaren Bewußtseins, ihres unteilbaren Leibes? Na, **wer**?! Ätsch, auch **falsch**!

Was der **american dream** mit Identitätssuche, mit **uns** zu tun hat? Ja, **was**?

S i e k a m v o n d e r
S t r a ß e , t r a t i n
s e i n L e b e n u n d
e r o b e r t e s e i n H E R Z .

---

crime and sex

Vom Tellerwäscher zum Millionär

S o r g e D i c h n i c h t ,
l e b e !

⋮

pretty women ... Du aerobic-gestählter Traum meiner DIN-genormten Schlaflosigkeit... Du kamst von der Straße ... von **der Straße!**... also aus der **Gosse**, aus **tiefsten** slums ... würrg!... **ABER**, Du Holde, **DU** hast Dich nicht unterkriegen lassen, bist gnadenlos in jene legendären Aerobic-Kurse gegangen, bist von PONDS bis Pilatus gerannt, von CNN bis ABC lerntest Du jede Geste, jedes Lächeln, jeden Quadratmillimeter Deines **herr**lichen Körpers zu be-**herr**schen...

lifestyle und **libre femmes** lehrten Dich die Sprache der **in**sider, der **Bosse** (hä?), nein, der **erfolgreichen Frau**...

⋮

pretty women ...Du tratst in mein Leben, **DU**, d'Artagnonine mit den unnachahmlichen Schritten einer Johanna Wayne... tratst in **mein** Leben (**wo**, sag nur, **wo!** hast Du **mein** Leben gefunden?) ... in mein **Leben**, na, Du weißt schon, siehe Johannes Mario und Harold ...

⋮

UND dann! Führtest Du **Krieg**! Keine Strategie, keine Waffe der Werbemedien, nichts videomenschliches (...ist Dir fremd...) hast Du ausgelassen, um **mich**, nein, um **mein** Herz zu er-obern... (**wo? women's lib** und die Psychoanalyse sagen, Männer hätten kein Herz...)

⋮

RICHARD and JULIA

⋮

Der **Studentische Filmkreis der THD** weiß(!), was müde Studentinnen wünschen! **!SCHLUß MIT DEM STÄNDIGEN GESEIERE VON SINN; DEM ELENDEN GEJAMMERE UND DER DREISTEN KRITIK! WIR WOLLEN VON ALL DEM NICHTS MEHR HÖREN!SEHEN!LESEN!Wir wollen** liebe kleine Träume in liebe kleine Filmträume einbauen, damit wir uns in diesen Träumen von Träumen **realisieren** können **... I S T D A S K L A R !**

SHUT UP WITH YOUR BASTARD CRITICS!

WE **need our lovely** ROMEO and JULIETTE

... Ohh, JULIA ...Ahh, RICHARD....

WE need PRETTY WOMENNNNNNNNNNNNNNNNNNNN ddddddddddrrrrrrrrrrrrrtschsssssssssssss.

(Meine Damen und Herren, bleiben Sie bitte auf den Plätzen, der Film ist nur ein kleines bißchen gerissen... Möchten Sie inzwischen etwas LANGNESE-Eiskonfekt? .....

⋱

---

harald hellweg-mahrt

wenn die sonne erlischt...

wenn du kommst und die sonne erlischt:
wer fragt?
wer singt?
wer tritt vor den spiegel?
wer lächelt dich an?

da ist sie, sie ist wie **ich.**
sie ist wie ich bin in zärtlichen händen.
sie ist wie das nichts mich trägt in jener zeit,
da ich lebte.
sie ist ohne mich so.

du fragst.
du singst nicht.
du trittst nicht vor den spiegel.
du lächelst dich nicht an.

da ist sie, sie hat meine stimme.
sie hat sie, seit blinde sich sehen.
sie trägt sie am munde wie küsse.
sie trägt sie am busen von luft und rubin.
sie war meine schwester im nichts.
so zählt sie die jahre zu tausend.

du fragst.
du singst nicht.
du trittstnicht vor den spiegel.
du lächelst dich nicht an.

da ist sie, sie hat, was ich frage.
sie trägts auf dem leib wie die seide.
sie trägts wie die sonne ihr strahlendstes kleid.
sie trägt es von stirne zu stirne, sie denkt es nicht fort.

du fragst nicht.
du singst.
du trittst vor den spiegel.
du lächelst dich an.
du erlischt mit der sonne.

harald hellweg-mahrt

Diktatur des ‚Mediums'

‚Medium' ist - mag sein - ‚Mittel zur Verständigung'. Also sind ‚Sprache', ‚Musik', ‚Tanz', ‚Theater' Mittel zur Verständigung. Also sind Mittel dieser Mittel Mittel zur Verständigung. Stimmt das? **Sind** sie tatsächlich Mittel der Verständigung oder bieten sie allenfalls die Möglichkeit der Verständigung zwischen denen, die sie benutzen, also sowohl mit ihnen agieren als auch auf sie reagieren?

Werden nicht vielmehr heute diese Mittel wesentlich dazu benutzt, anderen etwas aufzuzwingen - eine Resolution, eine Nachricht, was auch immer, das sie – mag sein – **bewußt** wahrnehmen und dementsprechend damit umgehen, meist jedoch weder als **Zwang** wahrnehmen noch darüber reflektieren, **was** und **wie** sie wahrnehmen?

Konkret: lese ich jenes sich als ‚kritisch' gerierendes Magazin **Der Spiegel** – sei es, um der Wahrheit letzten Schluß zu finden, sei es, weil hier gleichsam einzigartige Texte zu finden sind, so **muß** ich – selbst wenn ich sie einfach überblättere – zunächst auch jene mehrfarbig gestylten Anzeigen wahrnehmen, die bequem ein ‚who-is-who' der bundesrepublikanischen Wirtschaft füllen könnten.

Totale **Beliebigkeit** herrscht! Die ‚schönsten' Geschichten von den verheerenden Lebensverhältnissen der Menschen in Afghanistan geben sich ein Stelldichein mit der S-Klasse omnipotenter Nihilisten. Ist **das** vereinbar mit ‚**kritisch**'? **Wie**? Selbst wenn das ‚Ausdruck', ‚Abbild' dieser Gesellschaft sein sollte: totale Beliebigkeit kann allein schon deshalb nicht intendiert sein, weil damit – angesichts der Grundfeste dieser Gesellschaft – mit ‚an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit' nicht ein solcher Aufwand betrieben würde!

Also trotz der verschiedensten ideologischen Intentionen **herrscht totale Beliebigkeit! Und** t r o t z dieser **totalen Beliebigkeit** werden **alle** nur denkbaren Medien konsumiert, koste es was es wolle! **Weshalb?**

Von den **Folgen** bleiben auch jene nicht verschont, die sich einer weniger großen Beliebigkeit befleißigen, die ‚kritische' oder wie auch immer genannte politische Arbeit leisten und sie darstellen oder reflektieren wollen. Die **Folgen** herrschen über jeden **HOCHDRUCK**, jedes Flugblatt, jede Resolution! Auch im **HOCHDRUCK** geben sich völlig disparate, disjunkte, wie auch immer zu nennende Texte ein Stelldichein. Auf den Mensatischen wirbeln die unterschiedlichsten Flugblätter durcheinander, kommentiert mit: „Dafür sterben Wälder!", während der Kommentator fleißig Skatkarten drischt. **Beliebigkeit zum Quadrat!** Im **HOCHDRUCK** schlägt eine **Internationale Liste** irgendwelchen **symbolischen** Jungsozialisten ihren sogenannten **Nationalismus** um die Ohren! Und **alle** scheinen zu meinen, daß **das**, was sie da schreiben, verlautbaren, kritisieren etc. pp. **sinnvoll** sei, etwas bedeute, **Folgen** habe außer denen, **beliebig** zu sein!

Ich greife nun exemplarisch den ‚Artikel' im **HOCHDRUCK** Nr. 2 vom 22.5.1991 jener **Internationalen Liste** – die ihre Internatonalität (was auch immer das sei...) offenbar mit der Tatsache legitimiert sieht, daß in ihr Menschen unterschiedlicher Nationalität eingeschrieben sind – auf, der einerseits **gezielt** und mit einiger Eloquenz versucht, gegen die nun schon bekannte Beliebigkeit anzuschreien, mit analytischen Mitteln **die** oder **eine** Beschreibung der Situation der Menschen in Kurdistan zu geben. Der aber **andererseits** mit eben **jenen** analytischen Mitteln von ‚Wissenschaft', die den **‚Imperialismus'** trägt und aufrecht erhält, zu ‚informieren' sucht und en passant irgendeinen ‚Nationalismus' aus dem Tornister für scheinbar sinnvolle Klassenkampfparolen holt.

Was **heißt**, was **ist** denn **Nationalismus**? Irgenwer meinte einst, damit sei ‚übersteigertes Nationalbewußtsein' beschrieben. Und **was** heißt **das**? Hat je irgenwer ein nationales Bewußtsein gehabt, oder das Bewußtsein einer Nation? Welchen Sinn sollte eine solche Be-Zeichnung haben, außer dem, in irgendwelchen ideologischen Texten zu kennzeichnen, zu denunzieren, abzuurteilen, **oder** aber, zu vereinnahmen, zu erhöhen, ein **‚WIR'** zu erzeugen, das jenseits aller Möglichkeiten **einzelner** liegt?

‚Nationalismus' gleichsam wie eine allgemein gültige Definition – sofern es so etwas überhaupt gibt oder geben kann – zu benutzen (wie im genannten Artikel geschehen, ebenso u.a. mit dem Begriff ‚Imperialismus') heißt, den scheinbar notwendig **so** anzuwendenden ‚Gesetzen' derjenigen aufzusitzen, die gerade eben noch als ‚nationalistisch' angeprangert worden sind.

Die sogenannten Kulturen, die staatlichen Strukturen der Nationen dieser Welt unter-

scheiden sich inzwischen derart minimal, daß in **ALLEN** – sollten die Ausführungen Horkheimers und Adornos in der **‚Dialektik der Aufklärung'** treffend beschreiben – die Wurzel eines ‚Nationalismus', ja die eines ‚Faschismus' stecken. Wieso sollten diese ‚imaginären Institutionen' nun gerade vor den Menschen der **Internationalen Liste haltmachen**?

Mit anderen Worten: **wie** können die Menschen dieser Liste **‚wissen'**, daß sie nicht selbst Denk- und Verhaltensmuster verinnerlicht haben, die den ‚Kriterien' jenes Nationalismus oder jenes Imperialismus gerecht werden? Wieso fordern sie ein ‚Recht' – das ‚Selbstbestimmungsrecht' – für die Kurden, obwohl sie wissen könnten, daß diese Forderung in der eben geschilderten **Beliebigkeit** untergehen muß? **Obwohl** sie wissen müßten, daß noch jedes **‚Menschenrecht'** zu einem ‚Recht' hochstilisiert wird, wenn eine **tatsächliche** ‚Freiheit', eine **tatsächliche** ‚Gleichheit', eine **tatsächliche** ‚Selbstbestimmung' **ABWESEND** ist!!!

Glauben sie denn allen ernstes, daß ein solches ‚Recht', daß solche ‚Rechte' proklamiert würden, führten sie **tatsächlich** zu **dem**, was in ihnen beschrieben ist?

Wer hier tatsächlich etwas für die Kurden machen will, wird sich etwas anderes überlegen müssen, als **Pamphlete**, die der Beliebigkeit anheim fallen. Die bereits so angelegt sind, daß sie beliebig sein werden und allenfalls be-**zeichnen**, Menschen damit zu kritisieren meinen, indem sie ein ‚Im-gleichen-Boot-sitzen' anprangern.

Der Bogen ist gespannt; auch der Text der **Internationalen Liste** – wie übrigens selbst **dieser** Text – wird von einer Beliebigkeit beherrscht, deren Folgen wir tagtäglich sehen oder zu spüren bekommen. Solange wir **mit** den mitteln dieses Systems genauso handeln wie die ‚Träger' dieses Systems, könnten wir die edelsten, humansten, durchdachtesten und was weiß ich nicht noch Intentionen, Ideen haben und zu realisieren suchen: sie werden **gleichgemacht** werden, **beliebig**, ein Objekt dieser Tauschgesellschaft, in der **ALLES** konsumiert, verdaut, ausgeschissen und fortgeworfen wird...

harald hellweg-mahrt

Der neue Auftrag der Bundeswehr

So spricht Stoltenberg zu seinen Soldaten

Am 17.6. 91 hielt unser ‚Verteidigungsminister' Gerhard Stoltenberg an der Universität der Bundeswehr in München eine Rede über Rolle und Aufgaben seiner Armee innerhalb eines noch zu schaffenden neuen Bündnissystems. Allerdings haben der *„politische und ideologische Bankrott des Marxismus-Leninismus und die außenpolitischen Kursänderungen der Sowjetunion"* [1] die alten Feindbilder außer Betrieb gesetzt.

Folgerichtig teilt sich die Welt nicht mehr in die militärischen Gegenpole Ost und West (bzw. Kommunismus und Kapitalismus). Denn durch die *„friedliche Revolution in Mittel- und Osteuropa und den Erfolg demokratischer Bürgerbewegungen"* seien diese Staaten *„jetzt zu befreundeten demokratischen Partnern und Nachbarn"* geworden. Die neuen politischen Ziele sind nunmehr *„die politische Union durch die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft"* und der *„Aufbau einer stabileren und offeneren Staatengemeinschaft in ganz Europa"*.

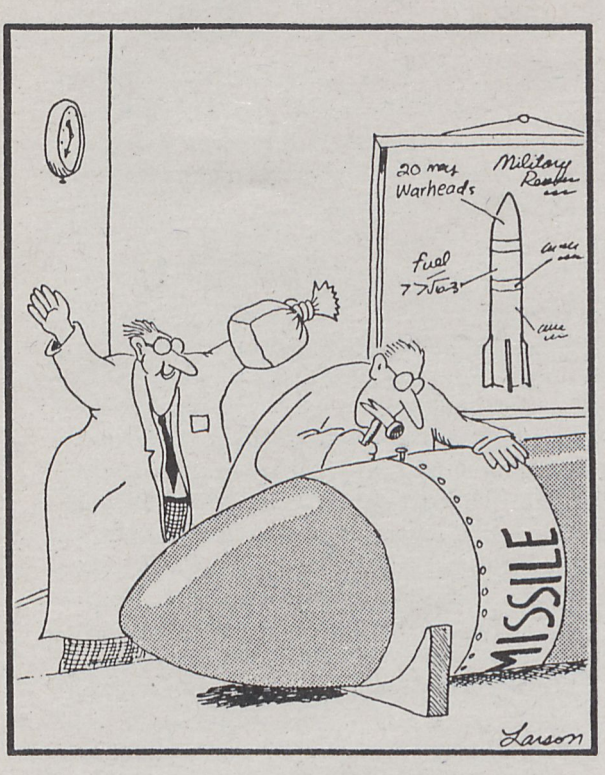
Doch wo lauern die Gefahren für dieses friedliche Europa?

„ ... jenseits der Grenzen unseres Kontinents erwachsen in weiten Regionen der Welt aus einer Vielzahl von Problemfeldern schwere Konflikte. Denkbare Auswirkungen des sich verschärfenden Nord-Süd-Gefälles, Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen wirtschaftliche Not, ethnische, religiöse und soziale Auseinandersetzungen bilden ein Potential latenter Spannungen und möglicher politischer Verwerfungen, das ebenso Auswirkungen auf unsere Sicherheit haben kann wie die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln und ballistischen Waffenträgern."

Daraus ergibt sich für Stoltenberg: *„Sicherheitspolitik verlangt heute politische Lösungsansätze, die noch weiter als bisher über militärische Verteidigungsvorsorge hinausgreifen und alle Politikbereiche umfassen müssen."* Diese Ansätze sind für ihn in der *„Dimension der ökonomischen und technologischen Leistungsfähigkeit"* eines Staates zu suchen.

[1] Dieses und alle weiteren Zitate stammen aus der oben erwähnten Rede

Doch sind diese ‚politischen Lösungsansätze' nicht nur eine Erweiterung der herkömmlichen ‚Sicherheitspolitik'? Es gilt doch vielmehr, die Ursachen für das Nord-Süd-Gefälle, für die zu



erwartenden Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen etc. zu suchen und zu beseitigen, statt mit Stoltenberg militärische Eingreifmöglichkeiten zu fordern. Seine Gedanken drehen sich immer nur um die Sicherheit des westlichen Bündnisses, die Probleme der restlichen Welt sind ‚gottgegeben' und nur dann relevant, wenn sie unsere Sicherheit bedrohen.

Das Nord-Süd-Gefälle verschärft sich eben nicht von selbst. Zum Beispiel hat der Internationale Währungsfonds (dessen größte Geldgeber und Einflußnehmer die USA, Japan und die BRD sind) in den letzten zehn Jahren die Kreditvergabe an einige mittelamerikanische und zentralafrikanische Länder an die Verpflichtung gebunden, die Gelder in den Anbau von Kaffee zu investieren. Unter dem entstehenden Überangebot auf dem Weltmarkt brach 1989 das ‚Kaffeekartell' (ein der OPEC ähnlicher Zusammenschluß kaffeeexportierender Länder) zusammen, und der Weltmarktpreis sank um 50%. Die *„wirtschaftliche Not"* und sich daraus ergebende *„soziale Auseinandersetzungen"* werden vom Westen durch solche Verschlechterungen der ‚terms of trade' produziert. Gegen die Auswirkungen dieser Politik soll also die Bundeswehr eingesetzt werden, falls sie einmal die Bundesrepublik und damit *„die Werte der freiheitlichen Demokratie und des Völkerrechts gefährden"*.

Am Beispiel des Golfkriegs versucht Stoltenberg zu zeigen, daß trotz aller Bemühungen um eine friedliche Welt *„despotische Machtbesessenheit und aggressiver Wille dem friedlichsten Volk einen Krieg aufzwingen kann"*. Doch an diesem Beispiel wird vor allem etwas anderes deutlich: Daß ein einzelner Aggressor wie z.B. Saddam Hussein nur mit der Unterstützung der Hi-Tech-Staaten (Waffenexporte, Ausbildung von ‚Anti-Terror-Einheiten', Ausbau der militärischen Infrastruktur) sich zu einer derartigen Bedrohung entwickeln konnte. Massenvernichtungsmittel verbreiten sich nicht wie die Beulenpest von selbst, wie uns Stoltenberg in der oben zitierten Aussage unterschwellig weiszumachen versucht. Sie wurden und werden auch weiterhin gewinnbringend an Diktatoren verkauft, die gewiß nicht den hehren Ansprüchen unseres Ministers an ‚Demokratie' und ‚Völkerrecht' genügen (z.B. Özal in der Türkei, Assad in Syrien...).

Ein weiteres Problemfeld hat Stoltenberg in seiner Aufzählung nicht erwähnt: Die zunehmende Verknappung der Rohstoffe muß in Verteilungskonflikten resultieren, die erstens zuungunsten der schwächeren Staaten ausgehen (und dort weitere soziale Spannungen erzeugen), und die zweitens auch wieder ernsthafte Kriegsgefahr zwischen den atomwaffenstarrenden Großmächten heraufbeschwören können. Es scheint, daß der Golfkrieg ein Vorbote ist für solche Auseinandersetzungen, die in der Zukunft nicht nur um Öl geführt werden müssen (US-Präsident Bush: „Energy safety is national safety"). Spätestens wenn auch in Deutschland die Kontrolle über Energie- und Rohstoffquellen ein Teil der ‚nationalen Sicherheit' geworden ist, wird die Bundeswehr wieder mehr sein als nur ein Instrument, um Deutschland und Europa gegen Angriffe von außen zu schützen.

Anstatt zu überlegen, wie die skizzierten Krisenherde durch eine Veränderung der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik an der Wurzel bekämpft werden könnten, fordert Stoltenberg von den Soldaten, ihr Leben für die Folgen der aktuellen ‚Sicherheitspolitik' zu riskieren: *"[die Bundeswehr] soll - nach Schaffung der notwendigen Voraussetzungen - für exakt beschriebene kollektive Einsätze auch außerhalb des Bündnisgebietes zur Verfügung stehen, soweit es unsere Interessen [...] und die internationale Sicherheit erfordern"*.

(andreas, uli)

Kein Atommüll in Schacht Konrad!

Wohin mit dem Müll?

In der BRD existieren zur Zeit 30 Atomkraftwerke, die Strom erzeugen, bzw. bis vor kurzem erzeugten. Doch es entsteht nicht nur Strom, sondern auch radioaktiver Atommüll. Dieser fällt seit Ende der sechziger Jahre, als die großtechnische ‚Nutzung' der Atomkraft begann, in ständig wachsenden Mengen an. Seit dieser Zeit ist die Atommafia auf der Suche nach einer Möglichkeit ihren Strahlendreck loszuwerden. Was ihr zumindest in der BRD bisher nicht gelungen ist, nicht zuletzt wegen des entschiedenen Widerstands der Anti-AKW-Bewegung.

Die Zwischenlager für Atommüll in den AKWs drohen überzuquellen. Ab '93 beginnt die Wiederaufbereitungsanlage La Hague Atommüll zurückzuliefern. Der Müll steht den Betreibern der AKWs bis zum Hals!

Renaissance der Atomindustrie?

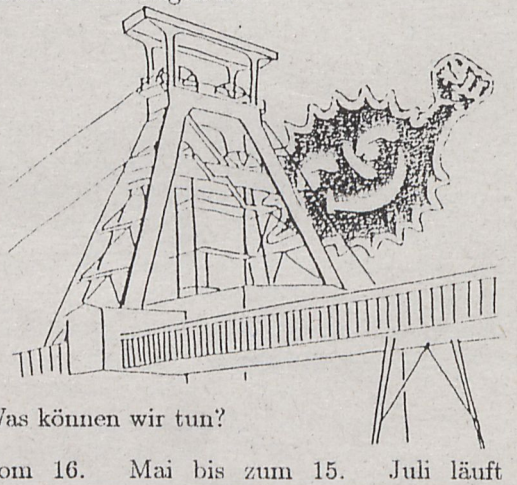
Seit dem Super-GAU in Tschernobyl ist die deutsche Atommafia in der Defensive, ihre Technologie wird allgemein abgelehnt. Ihre Prestigeprojekte wie Wackersdorf, THTR und Kalkar sind gescheitert. Das AKW Mülheim Kärlich wurde von Gerichten stillgelegt, da es illegal betrieben wurden. Obrigheim z.B. lief 25 Jahre im ‚Probebetrieb'. Der Kern des bundesdeutschen Atomprogramms jedoch, die AKWs zur Stromerzeugung blieben unangetastet (und produzieren täglich neuen Atommüll). Ende des Jahrhunderts müssen zahlreiche Kraftwerke verschiedensten Typs aus Altersgründen stillgelegt werden. Aufgrund der langen Bauzeiten muß die Entscheidung über den Neubau bis '95 gefällt werden.

Zur Zeit ist noch offen, um welche Art von Kraftwerken es sich handeln wird. Die Interessen der verschiedenen Fraktionen der ‚Atommafia' sind sehr unterschiedlich und teilweise gegensätzlich (und in der hier gebotenen Kürze unmöglich nachzuzeichnen). Von entscheidender Bedeutung wird jedoch das Interesse der die AKWs betreibenden Stromkonzerne sein, ihre teueren Investitionen optimal zu nutzen und nicht irgendwann stillgelegt zu bekommen.

Um dies sicherzustellen wird die Diskussion um den sogenannten ‚Energiepolitischen Konsens' geführt, dessen erster und wichtigster Punkt die Durchsetzung von Atommüllendlagern sein soll. Darauf aufbauend will die Atommafia den Weiterbetrieb der laufenden Anlagen langfristig sichern und als letzten Schritt den Bau neuer AKWs angehen. Eine Voraussetzung dafür ist die Möglichkeit, den bereits vorhandenen und noch anfallenden Atommüll irgendwo zu lagern. Das Ziel der Suche nach ‚Endlagern' ist nicht das Bestreben diese hochgefährlichen Stoffe halbwegs sicher unterzubringen, sondern der Weiterbetrieb und Ausbau der unverantwortlichen Atomtechnologie!

‚Endlager' als Ausweg?

Der Atommüll wird in zwei Klassen unterteilt, den hochradioaktiven, stark wärmeentwickelnden Atommüll und den schwach wärmeentwickelnden Atommüll, der jedoch einen Anteil von 95 Prozent hat. Dieser soll in dem ehemaligen Eisenerzbergwerk Schacht Konrad bei Salzgitter gelagert werden (Die wichtigsten Gründe, die gegen Schacht Konrad sprechen, sind in der nebenstehenden ‚Einwendung' aufgeführt). Seit 1982 gibt es dagegen Widerstand, dessen Druck dazu führte, daß sich die Niedersächsische Umweltministerin weigerte, das Genehmigungsverfahren fortzuführen und die Planungsunterlagen auszulegen, da diese unvollständig und fehlerhaft waren. Das Bundesverfassungsgericht verurteilte sie jedoch zur Auslegung, da sie hier in Auftragsverwaltung des Bundes zu handeln hat und somit auch offensichtlich rechtswidrigen Anweisungen des Bundesumweltministers zu folgen ist.



Was können wir tun?

Vom 16. Mai bis zum 15. Juli läuft die vom Atomgesetz vorgesehene Auslegungsfrist. Während dieser Zeit ist es möglich, Einwendungen gegen die Pläne zu erheben (Auch von AusländerInnen!). Diese Einwendungen werden dann auf einem Erörterungstermin behandelt.

Einwendungen und Erörterungsverfahren bieten gewisse Möglichkeiten gegen die Inbetriebnahme von Schacht Konrad als Atommüllager

vorzugehen. Dennoch wäre es falsch, Illusionen zu verbreiten. Dieses Verfahren ist nicht dazu eingeführt worden, Atomanlagen zu verhindern, sondern um kritische Vorstellungen einzubinden und zur Optimierung der geplanten Anlage zu nutzen. Die EinwenderInnen haben keine Möglichkeiten auf die Entscheidung einzuwirken, sondern bleiben gegenüber der genehmigenden Behörde auf die BittstellerInnenrolle beschränkt. Durch Einwendungen allein wird das Atomüllager nicht zu verhindern sein. Dazu ist kontinuierlicher und vielfältiger Widerstand notwendig.

Trotzdem ist es sinnvoll, sich am Einwendungsverfahren zu beteiligen, da eine hohe Zahl von EinwenderInnen geeignet ist, eine breite Ablehnung deutlich zu machen (selbst in Bayern sind deswegen schon Genehmigungsverfahren abgebrochen worden!). Mit dem Erörterungsverfahren ist in der Regel eine breite Pressebericht-erstattung verbunden, über die die Gegenargumente verbreitet werden, was zur Aufklärung über die drohenden Gefahren führt.

Der einfachste Weg sich gegen Schacht Konrad zu wenden ist es, die nebenstehende Einwendungserklärung zu unterzeichnen und an die Darmstädter Initiative zur Abschaltung aller Atomanlagen/DIFA (Ludwigshöhstr. 42) zu schicken. Es ist jedoch besser, eine eigene Einwendung zu verfassen. Ein Leitfaden als Hilfestellung kann bei der DIFA bestellt werden (TEL: 71 65 10). Der Treff der DIFA findet jeden Dienstag um 20 Uhr 45 im Schülerhaus der Bessunger Knabenschule statt.

Zur Wahrung meiner Interessen in Bezug auf Leben, Gesundheit und Eigentum erhebe ich Einwendungen beim Niedersächsischen Umweltministerium gegen die Einrichtung und den Betrieb eines Atommüllendlagers in Schacht Konrad.

1. In Schacht Konrad sollen schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus den Atomkraftwerken, aus Forschungsanlagen und aus den Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague und Windscale - Sellafield endgelagert werden, u.a. Abluft- und Abwasserfilter, Abfälle aus den chemischen Prozessen der Wiederaufarbeitung, Schutzanzüge von Atomarbeitern, Reinigungslösungen, Rohrleitungsschrott und Abbruchschutt.
Dieser Atommüll enthält langlebige radiotoxisch hoch wirksame Stoffe, die während des Betriebs von AKW`s neu entstehen, vor denen die Biosphäre für einen Zeitraum von 10 Millionen Jahren sicher geschützt werden müßte.
Niemand kann für so lange Zeiträume die Verantwortung übernehmen.

2. In La Hague und Windscale - Sellafield werden Müllbearbeitungs- und verpackungsverfahren angewendet, die keine Kontrolle über die Inhalte der für Schacht Konrad bestimmten Atommüllbehälter zulassen.

3. Die geologischen Schichten um das Erzbergwerk Schacht Konrad sind von mehreren großen Verwerfungen durchschnitten, an denen Tiefengrundwässer bis an die Erdoberfläche steigen. Mit ihnen können radioaktive Stoffe aus dem Endlager heraus und nach oben transportiert werden. Ein sicherer Abschluß der radioaktiven Abfälle von der Biosphäre ist in Schacht Konrad nicht gewährleistet.

4. Wenn radioaktive Stoffe aus dem Endlager ins Trinkwasser und an die Erdoberfläche gelangen, ist dieser Prozeß nicht mehr zu stoppen. Über sehr lange Zeiträume werden dann sehr viele Menschen und die natürliche Umwelt durch die austretende Radioaktivität gefährdet sein.

5. Die vom Bundesamt für Strahlenschutz vorgelegten Planunterlagen sind unvollständig. Die der Planung zugrundegelegten Modellrechnungen sind unzureichend. Meßergebnisse wurden falsch interpretiert. Die heutigen Kenntnisse über die Gefährdung durch Niedrigstrahlung bei großen Kollektiven von Menschen wurden nicht beachtet.

6. Es gibt keine Lösung für die Probleme der Atommüllentsorgung. Die Einrichtung eines Atommüllendlagers in Schacht Konrad dient nicht dem Schutz der Bevölkerung, sondern ermöglicht den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke und anderen Atomanlagen. Zu fordern ist daher der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie. Da ein Weiterbetrieb die Endsorgungsprobleme ständig verschärft, kann erst sinnvoll über ihre Lösung nachgedacht werden, wenn alle Atomkraftwerke abgeschaltet sind.

7. Während des Einlagerungsbetriebs in das Endlager wird die Bevölkerung in der Region durch Radioaktivität unzumutbar belastet: Die radioaktiv belastete Abluft aus dem Endlagerbergwerk gefährdet die Anwohner im weiteren Umkreis. Die radioaktiven Grubenabwässer werden in das Flüßchen Aue eingeleitet, bei Überschwemmungen werden große landwirtschaftlich genutzte Flächen mit radioaktiven Stoffen belastet; die betroffenen Landwirte befürchten erhebliche wirtschaftliche Einbußen. Außerdem ist die Vorbelastung durch andere schädigende Stoffe in der Salzgitter - Region groß.

8. Durch Atommülltransporte zu dem Endlager werden das Transportpersonal und die Anwohner an den Transportstrecken unzumutbar radioaktiv belastet. Trotzdem werden die Transportrisiken bei der Planung des Endlagers nicht berücksichtigt.

Der Gedanke erscheint mir gespenstisch, wie rücksichtslos bei der Endlagerplanung mit dem Leben und der Gesundheit zukünftiger Menschen umgegangen wird.

Ich behalte mir vor, daß ich meine Einwendungen im Erörterungstermin mit der Hilfe meiner Sachbeistände ausführlicher begründen werde und daß ich weitere Einwendungen erheben werde.

Bitte leserlich schreiben

Name, Vorname	Straße, PLZ Wohnort	Ich erhebe weitere Einwendungen	Unterschrift

Ein schwieriges Leben in einer besseren Welt

Am Montag, den 17. Juni wurde der AStA der TH von der Scientology Kirche Deutschland e.V. angeschrieben. In plumper, fadenscheiniger und gerade deshalb dreister Form werden die „sehr geehrten Damen und Herren“ [1] angesprochen, ob diese „möglicherweise“ über die „gegen soziale Mißstände“ sich engagierende Sekte berichten wollen.

Damit eine solche Berichterstattung auch möglichst ‚objektiv‘ ausfällt (kein Problem!), wurde eine „Broschüre“ beigefügt, in der ‚ebenso‘ objektiv „wesentliche Informationen“ der Scientologisten zum Besten gegeben werden.

Nach dem ersten Schock über diese Schweinerei, daß solch' eine *„weltweite Religionsgemeinschaft“* [2] ungetarnt und direkt neue Opfer sucht, wird jetzt schon und nicht erst „in der Zukunft“ über diesen *„destruktiven Kult“* [3] berichtet.

Das Ausmaß der Unverfrorenheit und Kaltblütigkeit der, und insbesondere dieser, Vorgehensweise wird bewußt, wenn an die Reportage im Spiegel erinnert wird. Wer selbige gelesen hat, mag meine erboste Beklemmung verstehen oder gar nachvollziehen.

Scientology wurde 1954 von Lafayette R. Hubbard gegründet, der wie alle erfolgreich erleuchteten Scientologen (als *„operierender Thetan“*) im Jahre 1986 seine sterbliche Hülle verließ. Nicht ohne sich vorher in humanitär-fanatischer Art und Weise zu betätigen.

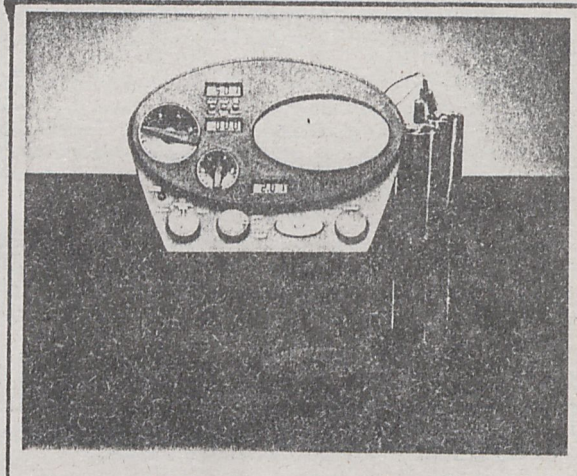
Von den vielen Schriften, welche er im Laufe seines Lebens verfasste, um detaillierte Anweisungen zur individuellen Heilserlangung zu formulieren, wurde das Buch ‚Dianetik‘ das Leitwerk für alle „scire“-„logos“[4]-JüngerInnen. Welche von sich behaupten können, daß sie „wissen, wie man weiß“; soviel jedenfalls bedeutet dieses mystische Plastikwort.

Mehr als 200.000 AnhängerInnen sind in Deutschland in 10 *„Kirchen“* und mindestens 21 *„Missionen“* organisiert. Daß das den umsatzgeilen *„Übermenschen“* nicht ausreicht, dokumentieren ihre aggressiven Anwerbungen, nicht zuletzt durch das unverblümte Anschreiben des AStA.

Doch wir gehören nicht zu einem auserwählten kleinen Kreis, die für diese Blend-Mafia als potentielle Schröpf-Apostel in Frage kommen. Der AStA der FU Berlin bekam ebenfalls Scienti-Post und Kurt-Helmut Eimuth von der Evangelischen Arbeitsstelle für Religion und Weltanschauungsfragen in Frankfurt versicherte, daß es sich um eine ‚Riesenkampagne‘ seitens Scientology handelt. Es wurden angeblich massiv Bibliotheken, Verlage, Ministerien, kurz: ‚Meinungsbildner‘ angeschrieben.

Wohl aus der Motivation heraus, daß vor kurzer Zeit Scientology in diversen Boulevard-Blättern hinsichtlich ihres Werkelns gegen „soziale Mißstände“ vorteilhaft dargestellt wurde.

Eimuth: „Wenn auch nur eineR von tausend anspringt, hat es sich schon für Scientology gelohnt“. Daher sei „kein Grund zu Panik“. Zu Panik wohl nicht, aber auch nicht zum Schweigen (welch Pathos).



Das Hubbard-Elektrometer ist ein religiöses Hilfsmittel, das der Auditor während der seelsorgerischen Beratung verwendet, um einer Person dabei zu helfen, Bereiche unerwünschter seelischer Belastung aufzuspüren. Es ist nicht zur Diagnose, Behandlung, Vorbeugung oder Heilung von Krankheiten bestimmt.

Der ‚Erfolg‘ ihrer ‚Lehre‘ bei *„labilen, frustrierten und sinnsuchenden Menschen“* begründet sich zum einen durch die scheinbare Geschlossenheit des sciento-hubbardschen Welterklärungsmo-

[1] Brief an Redaktion AStA-Zeitung, wie allen nicht kursiven Zitate

[2] Spiegel vom 1.4.91, wie alle kursiven Zitate

[3] unter dieser Bezeichnung wird Scientology bei der AGPF (Bonner Beratungsstelle Aktion für geistige und psychische Freiheit) geführt

[4] übersandte Scientology-Broschüre, wie alle ‚serifenlosen‘ Zitate

dells. Außerdem muß nicht irgendeinem strahlenden Guru gefrönt werden; der „Weg zum Heil", „zur geistigen Freiheit" und somit „Vollkommenheit" führt „durch das Individuum" (wie zeitgemäß!) selbst.

Die Anleitung zur Erkenntnis der Wahrheit „durch sich selbst" wird der/dem in das Scienti-Bannfeld Geratenen häppchenweise vermittelt. Zu wahnwitzigen Preisen (Gesamtwert der angebotenen Kurse: 450.000 DM) und mit grotesk-seriösen Mitteln (siehe Bild: Hubbard-Elektrometer).

Das Teuflische an der ‚Jetzt-helf-ich-mir-selbst-Methode' ist, daß du quasi dich selbst am eigenen Haarschopf aus dem Sumpf der „überlebensfeindlichen Verstrickungen" zu ziehen glaubst. Du wirst selbstverantwortlich und im Falle von Mißerfolgen suchst du die Schuld bei dir und kommst nie auf den Gedanken irgendwas –jemand anderen – zu kritisieren oder in Frage zu stellen.

Wozu auch nicht geraten wird, denn die Scientologisten gehen mit Kritikern nicht gerade sanftmütig um. *„Kritiker sind Geistesgestörte oder, schlimmer noch, Kriminelle"*. Morddrohungen an allzu vorlaut engagierte Zweifler sind daher auch keine Seltenheit.

Behaltet daher mich in ehrwürdigem Gedenken. Lebt wohl.

adam

SCIENTOLOGY KIRCHE
DEUTSCHLAND e.V.

Frankfurter Ring 105, 8000 München 40, 0 89/3 59 05 84

Redaktion A Sta Zeitung
A Sta d. T H Darmstadt
Hochschulstr. 1

6100 Darmstadt

München im Juni 1991

Sehr geehrte Damen und Herren,

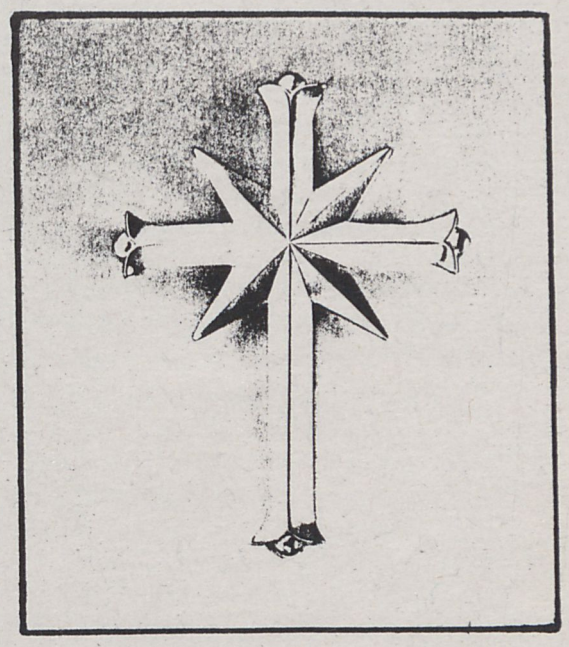
in den letzten Jahren wurde die Scientology Kirche zunehmend bekannt, weil sie engagiert gegen soziale Mißstände, wie Psychiatriemißbräuche und Drogenkriminalität eintritt und effektive Drogenrehabilitationsprogramme unterstützt.

Deshalb möchte ich Ihnen die soeben erschienene Broschüre "Die Scientology Kirche - Darstellung der Lehre und der Ziele" übersenden.

In kurzer und übersichtlicher Form bietet die Broschüre wesentliche Informationen über die Arbeit der Scientology Kirche und vor allem darüber, wie ihre Mitglieder in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu einem besseren Leben in einer schwierigen Welt beitragen.

Möglicherweise wollen auch Sie irgendwann in der Zukunft über diese Aktivitäten berichten. Bitte nehmen Sie diese Broschüre in Ihr Redaktionsarchiv auf, so daß Sie bei zukünftiger Berichterstattung darauf zurückgreifen können.

Wenn Sie weitere Exemplare oder zusätzliche Informationen wünschen, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.



Mit freundlichen Grüßen

Helmuth Blöbaum
Präsident

Für ein besseres Leben in einer schwierigen Welt

Studentische Krankenversicherung

Was ist nach dem 14. Semester?

In diesem Artikel möchte ich allen Studentinnen und Studenten meine Erfahrung mit gesetzlichen Krankenkassen weitergeben, und ich hoffe, daß Euch die lästigen Laufereien erspart bleiben, um Informationen zu sammeln und an der passenden Stelle den richtigen Antrag zu stellen und/oder zu besorgen. Wie eben erwähnt beschränke ich mich auf gesetzliche Krankenkassen.

Probleme bei der Krankenversicherung tauchen immer dann auf, wenn Altersgrenzen oder eine bestimmte Anzahl von Fachsemestern überschritten werden. Für mich stellte sich das Problem, daß ich mit Abschluß des 14. Fachsemesters mich hätte eigentlich freiwillig versichern müssen. Der folgende Text umfaßt, ich hoffe lückenlos, alle Arten und Stadien der studentischen Krankenversicherung. Zudem werde ich ein paar Tips und Hinweise geben, die in bezug auf die studentische Krankenversicherung recht nützlich sein können.

Familienversicherung

(bis einschließlich 24. Lebensjahr + x Monate)

Jeder Auszubildende ist automatisch bei der gesetzlichen Krankenkasse eines der beiden Erziehungsberechtigten mitversichert. Es fallen keine eigenen Beitragskosten für die Krankenkasse an!! Mit Abschluß des 24. Lebensjahres erlischt der Anspruch auf Familienversicherung, falls kein Wehr- oder Ersatzdienst geleistet wurde. War dies nicht der Fall verlängert, sich die Dauer der Familienversicherung um genau den Zeitraum des abgeleisteten Dienstes.

Studentische Pflichtversicherung (bis einschließlich 30. Lebensjahr oder bis Abschluß des 14. Fachsemesters)

Die studentische Pflichtversicherung umfaßt einen monatlichen Beitrag von 67.50 (Stand Mai 1991). Ab dem 25. Lebensjahr müssen sich die Studentinnen und Studenten bei der Krankenkasse pflichtversichern. Der Anspruch auf die Pflichtversicherung erlischt nach Abschluß des 30. Lebensjahres oder nach Beendigung des 14. Fachsemesters. Diese beiden Bedingungen sind nicht voneinander abhängig. So dürfen sich Studentin A und Student B nicht pflichtversichern. Studentin A ist 26 Jahre alt und beginnt mit dem 15. Fachsemester und Student B ist 31 Jahre alt und studiert im 2. Fachsemester.

Ich gebrauche die ganze Zeit den Begriff ‚Fachsemester'. Die Krankenkassen unterscheiden zwischen Fach- und Urlaubssemestern!! Das bedeutet: Ihr könnt entsprechend viele Urlaubssemester ins Studium einbauen und bleibt pflichtversichert, falls Ihr Euer Studium höchstens mit dem 14. Fachsemester abschließt. So kann das Studium 17 Semester umfassen. Davon sind 14 Fachsemester und drei Urlaubssemester, und das 14. Fachsemester muß das letzte Studiensemester sein. Urlaubssemester nach dem 14. Fachsemester erfüllen nicht die Voraussetzung zur studentischen Pflichtversicherung!!

Ausnahmen

Was wäre eine Regelung ohne Ausnahmen? In bestimmten Fällen kann ein Verlängerungstatbestand eintreten, der die studentische Pflichtversicherung über die oben erwähnten Grenzen hinaus verlängert. Die Versicherungsplicht für Studenten ist in §5 Abs.1 Nr.9 des Sozialgesetzbuches (SGB, Stand September 1990) festgehalten. Der Gesetzestext lautet wie folgt:

„Versicherungspflichtig sind Studenten, die an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen eingeschrieben sind, unabhängig davon, ob sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzbuches haben, wenn für sie aufgrund über- oder zwischenstaatlichen Rechts kein Anspruch aus Sachleistungen besteht, bis zum Abschluß des vierzehnten Fachsemesters, längstens bis zur Vollendung des dreißigsten Lebensjahres; Studenten nach Abschluß des vierzehnten Fachsemesters oder nach Vollendung des dreißigsten Lebensjahres sind nur versicherungspflichtig, wenn die Art der Ausbildung oder familiäre oder persönliche Gründe, insbesondere der Erwerb der Zugangsvorausstzungen in einer Ausbildungsstätte des Zweiten Bildungsweges, die Überschreitung der Altersgrenze oder eine längere Fachstudienzeit rechtfertigen, ..."

Die im Gesetzestext erwähnten persönlichen und familiären Gründe werden im Kommentar wie folgt erklärt:

„Persönliche oder familiäre Gründe seien etwa Erkrankung, Behinderung, Schwangerschaft, Nichtzulassung zur gewählten Ausbildung im Auswahlverfahren, Eingehen einer insgesamt

mindestens achtjährigen Dienstverpflichtung als Soldat oder Polizeivollzugsbeamter im Bundesgrenzschutz auf Zeit bei einem Dienstbeginn vor Vollendung des 22. Lebensjahres, Betreuung von Behinderten oder aus anderen Gründen auf Hilfe angewiesenen Kindern. Die Aufzählung in den Materialien erscheint nicht vollständig, vielmehr sind die Umstände des Einzelfalles einzubeziehen."

„Ein Grund zur Verlängerung der Studienzeit kann etwa sein, daß sich ein Student im besonderen Maße an der studentischen Selbstverwaltung beteiligt und sich dadurch das Studium verlängert hat. Ein besonderer Grund kann auch in der besonderen Studiengestaltung liegen, etwa wenn sich ein Student frühzeitig und über einen längeren Zeitraum an Forschungsvorhaben beteiligt, was nicht häufig der Fall sein wird.

Die Versicherungspflicht wird weiter auch dann anzunehmen sein, wenn der Student konsequent sein Studium betrieben hat, jedoch Schwierigkeiten mit dem Studiengang hat, mehrfach Zwischenprüfungen, Scheine oder Berechtigungen wiederholen mußte, aber insgesamt das Studium als konsequent anzusehen ist. Die Feststellung dieser Voraussetzungen liegen im Ermessen der Krankenkassen, vielmehr sind diese im Streitfalle gerichtlich voll überprüfbar. Dabei erscheint jedoch eine summarische Prüfung zulässig. Die Voraussetzungen für weiterbestehende Versicherungspflicht hat jedoch der Student darzutun, der gegebenenfalls auch Nachteile der Beweislast zu tragen hat."

Somit wird jeder der Fälle bei Antrag auf Verlängerung der studentischen Pflichtversicherung individuell bearbeitet. Es gibt noch kein Verfahren, welches vor Gericht entschieden worden ist. Laßt Euch also nicht von den Sachbearbeiterinnen oder Sachbearbeitern der Krankenkassen abwimmeln, sie sind größtenteils nicht ausreichend informiert!! Zudem sind nicht alle Gründe, die zum Verlängerungstatbestand führen auf den Formularen der Krankenkasse vermerkt. Um rechtlich gegen eine Krankenkasse vorgehen zu können, benötigt Ihr einen ablehnenden Bescheid. Aus diesem Grund müsst Ihr Euren Antrag auf Verlängerung der Pflichtversicherung schriftlich stellen, falls die Krankenkasse nicht darauf eingeht.

Ein sehr wichtiger Punkt um eine Verlängerung der Pflichtversicherung zu beantragen, ist die Möglichkeit der Studentin oder des Studenten innerhalb des Verlängerungszeitraumes das Studium beenden zu können.

Speziell für den Fall der studentischen Mitarbeit in Gremien der Hochschule fordern die Krankenkassen eine Bescheinigung über den Zeitraum der Tätigkeit und darüber hinaus ein Schreiben des ‚Vorsitzenden' des Gremiums, in dem vermerkt ist, daß sich das Studium durch die Tätigkeit verlängert hat. Die Bescheinigung erhaltet Ihr in allen Fällen im Wahlamt. Das Schreiben entweder beim Ausbildungsförderungsamt, wenn Ihr BAFöG bekommt, oder sonst über den Vorsitzenden des Gremiums.

Befreiung von Zusatzkosten

Jede Studentin und jeder Student kann sich von Zusatzkosten wie: Rezeptgebühr, Anteil am Tagessatz bei Krankenhausaufenthalten befreien lassen. Dazu muß ein entsprechender Ausweis bei der Krankenkasse angefordert werden. Der Ausweis kostet nichts, es muß jedoch ein Nachweis für das Studium erbracht werden.

Kündigung eines Krankenkassenvertrages

Eine Kündigung bei einer gesetzlichen Krankenkasse muß mindestens zwei Monate vor dem gewünschten Austrittsdatum erfolgen. Es muß keine Begründung für die Kündigung abgegeben werden. Somit steht es Studenten offen gesetzliche Krankenkassen zu wechseln und auch sich privat versichern zu lassen. Bei Privatversicherungen gelten andere Maßstäbe, erkundigt Euch vorher!!

Urlaubssemester

Ein Urlaubssemester kann bei der Rückmeldung beantragt werden. Es gibt verschiedene Gründe für die Genehmigung eines Urlaubssemesters: Auslandsaufenthalt, Vorbereiten für Diplomprüfungen, Diplomarbeit, Gremienarbeit u.a. Zur Meldung eines Urlaubssemesters benötigt Ihr Euer Studienbuch. In ihm wird das Urlaubssemester festgehalten. Nehmt Ihr ein Urlaubssemester könnt Ihr in diesem Semester keine Studien- jedoch Prüfungsleistungen erbringen. Auch ein anfänglich angemeldetes Fachsemester kann in einer bestimmten Frist nach Beginn des Semesters noch zu einem Urlaubssemester umgemeldet werden. Bei weiteren Fragen wendet Euch an das Studentensekretariat, welches auch die Eintragung im Studienbuch durchführt.

Andreas Martin

StuPa
Ein Bericht

Zweiundzwanzig, dreiundzwanzig, vierundzwanzig Menschen sitzen, stehen, flezen sich im Rechteck. Spielen Parlament. Haben alles, was zu einem Parlament gehört. Einen Sitzungspräsidenten, einen Schriftführer, eine Tagesordnung. Den Mut zu Redebeitrag, Zwischenruf und Pöbelei, das Interesse am Geschwätz mit dem parlamentarischen Nachbarn, das unangefochtene Bewußtsein für die Gottgegebenheit der Geschäftsordnung.

Den Wählerauftrag.

Vierzig sollten es sein. Vom Volk gewollt und gewählt. Von der StudentInnenschaft, genauer gesagt. Noch genauer: von gerade mal einem Viertel (am genauesten: 25,94%) der eingeschriebenen Studentinnen gewählt. Und gewollt? Studierendenparlament. StuPa.

Kaum zwei Drittel der Gewählten ist erschienen, heuchelt Interesse für die Belange der Studenten. Wird geil am eigenen Wort, an eigener Wichtigkeit. Wer in einem Parlament sitzt, muß einfach wichtig sein. Oder wenigstens so tun.

Zwei-, drei-. vierstündiges parlamentarisches Beisammensein. Plattheit reiht sich an Engagement, Gleichgültigkeit an Selbstbefriedigung. Anschließend freut sich FACHWERK, wie lächerlich sich der RCDS gemacht hat, reversum dito.

„Parlament [gr.-lat.-vulgärlat.-fr.-engl.] das; -[e]s, -e: repräsentative Versammlung. Volksvertretung mit beratender oder gesetzgebender Funktion." — „StuPa: Stuß-Parlament, Studi-Partizipation, Studierenden-Parlarudiment'?

StuPa-Sitzung, 20.6.1991 (des An- und Bemerkens wertes in Kürze)

TOP 3 - Anträge Gäste. Madgid Matboo-Saleh legt eine Resolution gegen den Besuch des iranischen Staatspräsidenten Rafsandschani in der BRD vor. Er begründet sie ausführlich, und zwar - stark vereinfacht - mit dem Zustand der Unfreiheit und der Unterdrückung in dem, von Rafsandschani mitverantwortet, viele Menschen im Iran leben müssen. Die Diskussion über die Resolution umfaßt genau eine Wortmeldung - sind sich die Parlamentarier so einig, daß das Thema keiner Diskussion bedarf? Haben sie keine Meinung? Oder verzichten sie auf deren Wiedergabe, wohl wissend, daß niemand bereit ist, seinen eigenen Standpunkt zu überdenken? In der Abstimmung wird die Resolution abgelehnt, etliche Nein-Stimmen (also doch Gegenpositionen, Diskussionspotential), noch mehr Enthaltungen (bestand etwa Meinungsbildungs-Bedarf?).

Die ehemalige Finanzreferentin Gabi Harks legt den Rechenschaftsbericht der Studentenschaft für 1990 vor. Auf DM 39151,76 beläuft sich der Fehlbetrag. Der AStA selbst hat Überschüsse erwirtschaftet, seine ‚gewerblichen Referate' dagegen durchweg Verluste: die AStA-Druckerei wegen der häufig defekten Kopierer, das Kfz-Referat (AStA-Bus-Vermietung) wegen eines Unfalls und der damit verbundenen Ausfallzeit des Fahrzeugs, der AStA-Papierladen wegen seiner ungünstigen und unbeachteten Lage im Bauwagen neben der Mensa, der Schloßkeller wegen... Leidige Diskussionen um die künftige Vermeidung von Fehlbeträgen (schließlich geht es ja auch um die Gelder der Studierenden). Soll der Papierladen aufgegeben, das AStA-Büro auf der Lichtwiese mangels Nachfrage geschlossen werden? Analysen und Konzepte sind gefragt, nicht der Sinn oder Unsinn von Dienstleistungen und Engagement für ‚die StudentInnen'.

Schließlich noch das Thema ‚bundesweite Studierendenvertretung'. Einigkeit über die Notwendigkeit besserer Koordination und umfangreicheren Informationsflusses zwischen den ASten, wirksamerer politischer Vertretung der über zwei Millionen StudentInnen. Uneinigkeit über Konsequenzen aus dieser erkannten Notwendigkeit, über Struktur und Kompetenzen einer bundesweiten Studierendenvertretung. Dann Vertagung des Themas, ein Parlamentarier wird sich bis zur nächsten Sitzung über schon bestehende und funktionierende Regelungen in der Republik Österreich schlau machen.

Endlich die Feststellung: etliche ParlamentarierInnen sind schon entflohen, das Parlament ist mangels Quantität beschlußunfähig. Der Fetisch Geschäftsordnung verunmöglicht damit die geplante inhaltliche Diskussion über die im April vom StuPa beschlossene Resolution zum Thema ‚Kurdistan'.

Leuchtende Augen in Erwartung eines kühlen Bieres.

Kurdistan kann warten.

(volker)

Vom TAT rezensiert:

Handbuch Kraft-Wärme-Kopplung

In konventionellen Kraftwerken zur Stromerzeugung wird über 60% der eingesetzten Primärenergie als nicht nutzbare Abwärme abgeführt. Diese durch den sogenannten Carnot-Wirkungsgrad als obere Grenze für thermische Kreisprozesse verursachte fundamentale Tatsache hat dazu geführt, daß man sich der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), bei der ein großer Teil der Abwärme eines stromerzeugenden Kraftwerkes als nutzbare Wärme verwendet wird, wieder verstärkt zuwendet.

Zu diesem Thema ist im C.F. Müller Verlag, Karlsruhe, ein zweibändiges Werk erschienen, dessen erster Band dem TAT nun vorliegt.

23 verschiedene Autoren verbreiten in dem Buch, das in die drei Teile Technik, Umfeld und Realisierung gegliedert ist, ihr gesammeltes Wissen, was das Werk recht abwechslungsreich macht – wodurch sich aber auch Wiederholungen einschleichen.

Im Technikteil wird zuerst die umweltschonende Energiebereitstellung in KWK-Anlagen besprochen: mit überraschenden Erkenntnissen. Darauf folgen die verschiedenen Typen der Heizkraftwerke mit ihren Vor- und Nachteilen. Negativ fällt hier auf, daß die (zwar auch nicht unumstrittenen) Energie-Ernte-Faktoren der verschiedenen HKW mit keinem Wort erwähnt werden. Der letzte Autor dieses Abschnittes singt ein Loblied auf die Wärmepumpe, was von der Realität inzwischen doch ziemlich überholt sein dürfte – nicht zuletzt aufgrund deren hohen Investitionskosten und geringen Energie-Ernte-Faktoren. Immerhin erwähnt er zum erstenmal ein großes Problem der KWK-Technik: Was macht man im Sommer, wenn man zwar Strom, aber keine Wärme benötigt? Er beschreibt die sogenannten Absorptionskälteanlagen, die in der Lage sind, aus überschüssiger Wärme „Kälte" zu machen, so paradox das klingen mag. Diese zukunftsweisenden Anlagen kommen ansonsten nicht vor. Für Technik-Studis stellt dieser Abschnitt vom Verständnis her keine Probleme, für andere könnte es Schwierigkeiten geben, obwohl einige Fachbegriffe im Anhang erklärt werden.

Im zweiten Teil, dem „Umfeld", werden volks- und energiewirtschaftliche, umweltpolitische und betriebswirtschaftliche Aspekte der KWK-Technik behandelt. Verschiedene Autoren kommen zu dem Schluß, daß ein Haupthemmnis der Einführung dieser Technik die zentralistische Struktur unserer Energiewirtschaft ist (die übrigens noch aus der Nazi-Zeit stammt). Weitere Hemmnisse, die auch den regenerativen Energien zu schaffen machen, sind: Gebietsmonopole der Energieversorgungsunternehmen, niedrige Einspeisevergütungen, Sonderangebote der Energieversorgungsunternehmen an Großverbraucher (bei uns besonders verbreitet), etc. Dieser Abschnitt ist verständlich geschrieben und auch insgesamt recht gelungen.

Der dritte und letzte Abschnitt wendet sich an Leute, die eine KWK-Anlage realisieren wollen. Sie erfahren alles über Planung, Genehmigung und Finanzierung des Ganzen, auch anhand von 26 ausgeführten, ausführlich beschriebenen Beispielen. Positiv zu vermerken ist auch eine Förderungsübersicht für KWK-Anlagen in den verschiedenen Bundesländern.

Fazit: Energietechnisch interessierten Leuten kann man dieses Handbuch empfehlen, für Personen oder Firmen, die ein KWK-Anlage planen, ist es ein Muß. Letztere dürfte auch der sehr hohe Preis von 186 DM kaum vom Kauf abhalten.

K.-H. Suttor / W. Suttor (Hrsg.) Handbuch Kraft-Wärme-Kopplung Für Planer, Betreiber, Ausbildung Verlag C.F. Müller, Karlsruhe 368 S., DIN A5 kart., DM 186.-

Stefan Jöckel

Sehr geehrter Herr Präsident,

Mich verwundert der ganze Vorgang um den Bau des Parkhochhauses.
Entgegen Ihrem Eindruck bei der Unterredung am 19.3.91 habe ich in Erinnerung, daß wir *keine* Übereinstimmung in den grundsätzlichen Sachpositionen erzielen konnten. Zu Ihren ersten beiden Punkten:
Der Gesetzgeber sieht vor, daß vor Baubeginn von Großbauten der Art eines Parkhochhauses die Frage der Immissionen geklärt wird. Sie setzen sich darüber hinweg mit dem Argument, daß Sie dafür nicht zuständig seien. Sie haben aber eine Fürsorgepflicht für uns, weil wir uns nicht direkt wehren können, und müssen, wenn die Gesetze nicht eingehalten werden, die Inbetriebnahme des Parkhochhauses notfalls unter Hinweis auf die Unterlassung der Klärung der Immissionen verweigern. Das mir übersandte Merkblatt über die Aufgabenverteilung in Arbeitssicherheit und Unfallverhütung erklärt ausdrücklich, daß eine Meldung des Sachverhalts an den Vorgesetzten (in Ihrem Fall das Ministerium) nicht ausreicht. Die Meldung entbindet Sie nicht davon, bei Gefahr in Verzug tätig zu werden. Es liegen hinreichend viele Anhaltspunkte vor (Gasgeruch in geschlossenen Räumen, die nur über eine Lüftung "Frischluft" erhalten, Lärmstörungen, Störung durch Erschütterung), daß ein ordnungsgemäßes Arbeiten nicht gewährleistet ist. Um zu verhindern, daß wir eines Tages Tote zu beklagen haben, habe ich die Beschaffung von Gasmasken eingeleitet. Beiliegend sehen Sie einige Fotos mit einem Funktionstest von mir. Das von mir favorisierte Modell hat ein sehr großes Gesichtsfeld und ist daher gut brauchbar für unsere Fälle, wo viel Schreibarbeit anfällt und am Rechner gearbeitet werden

muß. Ich hoffe, auf diese Weise eine Schließung meiner Abteilung wegen akuter Lebensgefahr für meine Mitarbeiter vermeiden zu können. Ich bin aber nicht sicher, ob der Personalrat diesen Arbeitsbedingungen zustimmt. Dann müssen meine Arbeiten bei Inbetriebnahme des Parkhauses eingestellt werden.

Zu Ihrem dritten Punkt:

Ein Junktim zwischen der Vergabe von Diplomarbeiten und der Erstellung eines Gutachtens über die Immissionsbelastungen der Angehörigen der Hochschule der TH Darmstadt besteht. Dies geht aus dem Merkblatt über die Aufgabenverteilung in Arbeitssicherheit und Unfallverhütung hervor. Dort heißt es

ausgehen und daher keine Gefahr für Leib und Leben besteht. Das hinwiederum kann meines Erachtens nur ein Gutachten klären. Das aber wird entgegen den gesetzlichen Vorschriften verweigert. Der Grund, den ich dafür gehört habe, nämlich, man wolle Geld sparen, ist gegenüber gesetzlichen Auflagen nicht stichhaltig. Sie dürfen das Parkhaus nicht in Betrieb nehmen, weil Sie sich sonst wissentlich einer Pflichtverletzung schuldig machen. Unabhängig davon, machen Sie sich in höherem Sinne schuldig, nämlich indem Sie ausgerechnet als Präsident einer Technischen Hochschule die Technik zum Schaden des Menschen und speziell der eigenen Angehörigen der Technischen Hochschule einsetzen. Das negative Vorbild, das damit den Studenten geliefert wird, wird

"Der unmittelbare Vorgesetzte hat bei erkennbaren Gefahren und Gefährdungen für seine Mitarbeiter unverzüglich durch technische oder organisatorische Maßnahmen Abhilfe zu schaffen. Diese Pflicht besteht unabhängig von der Meldepflicht an die nächsthöheren Vorgesetzten. Sind solche Maßnahmen nicht möglich, muß er bei konkreter Gefahr für Leib und Leben seiner Mitarbeiter (z.B. defekte Arbeitsgeräte, schadhafte Arbeitsmittel oder -räume) eine Fortführung derjenigen Tätigkeiten, durch die seine Untergebenen gefährdet werden, untersagen."

Als unmittelbarer Vorgesetzter der Diplomanden bin ich also für deren Sicherheit verantwortlich und nicht Sie, wie mir entgegen dem obigen schriftlichen Wortlaut mündlich mehrmals mitgeteilt worden ist. Nach dem obigen Wortlaut ist immer der unmittelbare Vorgesetze verantwortlich, da er die Gefahr hätte erkennen müssen. Daraus wäre ich nur entlassen, wenn Sie ausdrücklich erklären, daß von dem Parkhochhaus keine gesundheitsgefährdenden Em issionen

Langzeitfolgen haben, da es in Beton gegossen in die Zukunft hinein wirkt.

Ich möchte Sie bitten, mein Schreiben vom 9.11.1990 zusammen mit meinem Schreiben vom 20.03.91 und dem vorliegenden Schreiben an das Hessische Ministerium für Kunst und Wissenschaft weiterzuleiten. Ich erachte es als meine Pflicht, den Minister von solchen weitreichenden Dingen zu unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen

W. Lauterborn

Prof. Dr. W. Lauterborn

Das ZiT präsentierte:

Ein internationales Symposium

Diese Notiz soll **NICHT** für das Symposium des ZiT (Zentrum für ‚interdisziplinäre' Technikforschung) zur politischen Kultur der Informationstechnik und ihrer Gestaltung werben.

Dem Handzettel des ZiT war zu entnehmen:

„[...] um verschiedene Zusammenhänge exemplarisch zu durchleuchten, sollen auf dem Symposium

1. die Restrukturierungspotentiale spezifischer informationstechnologischer Anwendungen konkretisiert werden;
2. jene Aushandlungsprozesse sichtbarer gemacht werden, die die Nutzung der Techniken bestimmen;
3. Rückschlüsse auf die ‚politische Kultur der Gestaltung', ihre Voraussetzungen und ihre Dynamik gezogen werden;
4. gesellschaftspolitische, nationale und kulturelle Differenzen im Umgang mit Informationstechniken erhellt werden."

Das Grußwort hielt: „Professor" (Zitat ZiT-Broschüre) Evelies Mayer

Und den Festvortrag „Konkurrierende Handlungsrationalitäten – Organisationskulturelle Aspekte der Gestaltung von Informationstechnik": SEL-Stiftungs-„professor" Dr. Ina Wagner.

Es gab Vorträge: z.B. „Verfassungsverträglichkeit als Bewertungskonzept"

und Arbeitsgruppen: „Normative Regulierung", „Participative Design", „Cooperative organizational development".

Ich finde es wichtiger,

1. die Restrukturierungspotentiale spezifischer ‚interdisziplinär'-technologischer Institute zu konkretisieren;
2. jene Umwandlungsprozesse in Gang zu bringen, die den Nutzen des ‚interdisziplinären' Technik-Institutes für die Allgemeinheit bringen könnten;
3. Rückschlüsse auf die ‚(hochschul)politische Kultur der Gestaltung von ‚Interdisziplinarität'' und ihre Voraussetzungen ziehen;
4. gesellschaftspolitische und sonstige Differenzen im Umgang mit ‚Interdisziplinarität' erhellen.

Ich plädiere für die Extinktion der Finanzierungspotentiale für die Stiftungsprofessorin und den Transfer derselben in die gesellschaftspolitische, nationale und kulturelle Insignifikanz.

(uli)

Sexismus in der Vorlesung

Um die Diskussion zu diesem Thema anzuregen, möchte ich folgenden Fall schildern:

Mittwochmorgen, Vorlesung der Technologie, FB Architektur. Das Thema der Vorlesung ist Wasser. Zum Ende der Vorlesung werden Dias gezeigt, zunächst einige Zeichnungen von Wasserleitungen.

Dann erscheint auf der Leinwand das Foto einer nackten Frau, die für Duschköpfe wirbt. Ich habe bestimmt nichts gegen ästhetische Bilder von Frauen, ob angezogen oder nackt, ich kann es aber überhaupt nicht leiden, wenn ein Frauenkörper pornographisch mißbraucht wird, um für irgendwelche Objekte zu werben.

Wütend verließ ich die Vorlesung und stellte den verantwortlichen Professor anschließend zur Rede.

Meine Fragen waren:

- Worin besteht der Zusammenhang zwischen Badezimmerarmaturen und einer nackten Frau? (Wer duscht schon angezogen?!)
- Was hat eine nackte Frau als Anschauungsmaterial in einer Architekturvorlesung zu suchen?
- Hat er es nötig, nackte Frauen zu zeigen?

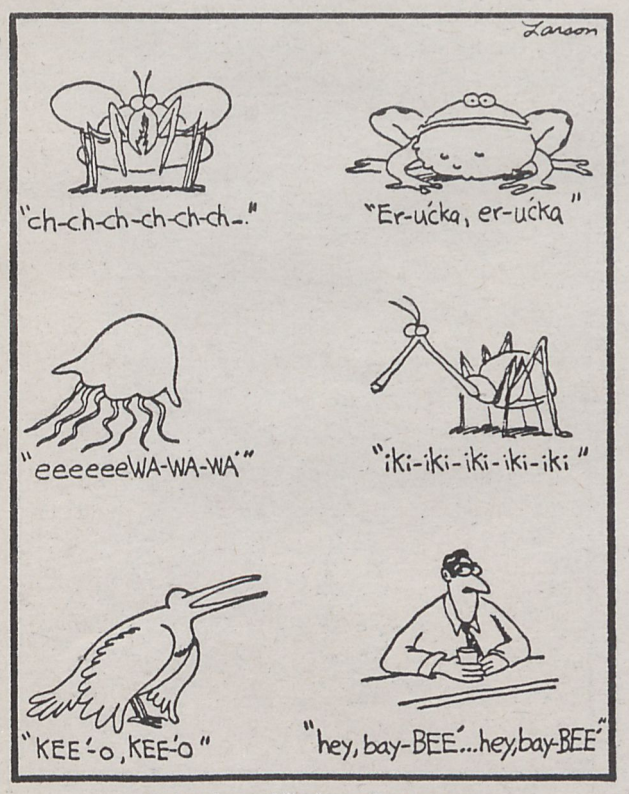
Er antwortete mir, ich solle mich nicht so anstellen, das sei doch ein ganz normales Werbefoto und endete mit dem Satz:

„Sie haben wohl ein total gestörtes Körperbewußtsein!“

Wer es nicht lassen kann, soll sich den Playboy kaufen; ich möchte mir aber auch das Recht herausnehmen, wütend zu sein über Sexismus, (gerade an einer Uni) etwas mehr Kritik zu fordern, und ich ärgere mich darüber, wenn Frauen (und Männer), die so denken wie ich, als prüde abgetan werden.

Noch eine Bemerkung zu Schluß: Wer hat sich eigentlich die Mühe gemacht, diesen Werbeprospekt zu fotografieren und das Dia in die Diathek des Techno-Lehrstuhles einzuordnen?

Elisabeth Jäger



Animals and their mating songs

Als Tippser des obigen Artikels kann ich mir einige ergänzende Bemerkungen nicht versagen:

Zum einen ist die geschilderte Begebenheit unter den ‚auffallenden‘ fast noch eine ‚harmlose‘. Ein Professor des FB 14 (Bauingenieurwesen) beispielsweise hat vor einigen Jahren Studierende aufgrund ihres Geschlechts (weiblich) durch Prüfungen rasseln lassen. Dieses konnte nachgewiesen werden, woraufhin ihm befristet die Prüfungserlaubnis entzogen wurde. Mittlerweile prüft dieser Professor wieder, wobei dahingestellt sei, ob seine Einstellung zu Frauen sich gewandelt hat.

Doch die Lehrenden sind nicht alleine Träger von universitärer Frauenfeindlichkeit und Sexismus. Schließlich kann ein Professor zum Beispiel in einer Mechanik-Abschlußvorlesung nur dann zur Belustigung Belastbarkeiten und dynamisches Verhalten von BH's berechnen (dabei wäre die Konstruktion eines ‚PHs‘ doch sehr viel innovativer und anspruchsvoller), wenn er damit bei der geifernden Zuhörerschaft Erfolge verbucht.

(volker)

Betrifft: Schweinesäcke

Betrug bei Praktikumsvermittlung

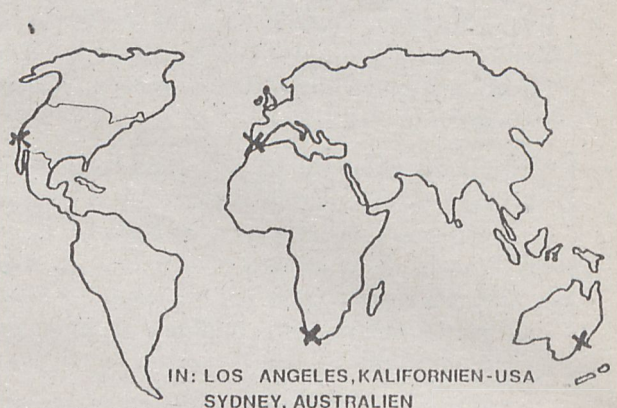
Im Februar dieses Jahres wurden wir von unseren werten Amtskollegen aus Braunschweig auf gewisse kriminelle Aktivitäten hingewiesen, die mit der Vermittlung von Auslandspraktika von zwei Assistenten in Braunschweig betrieben wurden.

Etwa 15 Studis, die schon tausend Märker für die Reise angezahlt hatten und dann auf eigene Kosten an den Praktikumsort geflogen waren, mußten dort feststellen, daß nichts organisiert war und sie ihr Geld in den Sand gesetzt hatten.

Dank der permanenten Aufmerksamkeit der adleräugigen Fachschaftsmenschen und interessierter Außenstehender konnte nun frühzeitig verhindert werden, daß solche Aktivitäten auch bei uns mit Erfolg betrieben werden können. Sollten Euch dennoch Werbeaushänge wie der unten abgebildete auffallen, so reißt sie doch einfach ab.

masch+

PRAKTIKUM



IN: LOS ANGELES, KALIFORNIEN-USA
SYDNEY, AUSTRALIEN
KAPSTADT, SÜDAFRIKA
ALGARVE, PORTUGAL

Projektgruppe Verkehr stellt sich vor

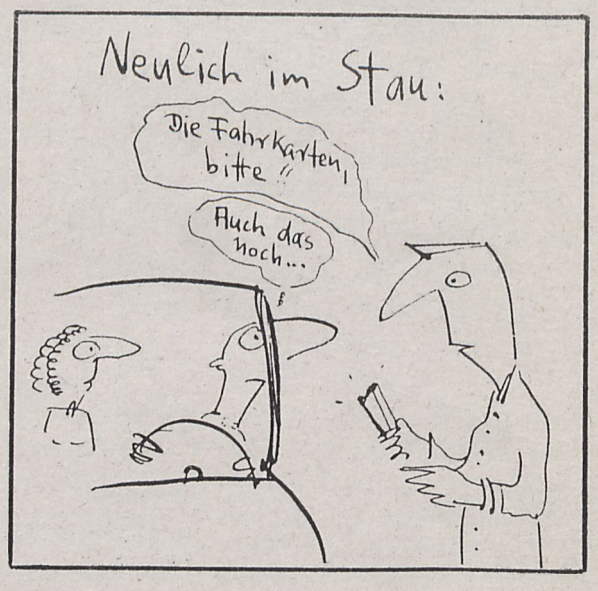
Was inzwischen wohl schon jedeR weiß: Der neue StudentInnenausweis für das Wintersemester '91/'92 ist (in Verbindung mit einem Lichtbildausweis) gleichzeitig eine Semester-Fahrkarte für das gesamte Netz der HEAG. Die Fahrkarte soll vor allem den armen, von ständiger Parkplatzsuche endlos genervten, von ‚Knollen' überhäuften PenderInnen das Leben erleichtern.Da uns, eine kleine Gruppe StudentInnen das Studium nicht genug ausfüllt, haben wir eine Projektgruppe ‚Verkehr' gegründet, die dieses neue Phänomen von allen Seiten beleuchten soll.

Wir haben uns Möglichkeiten überlegt, wie man diese Karte optimal nutzen kann. Erstmal ging es auf ‚Parkplatzsuche' in Darmstadts Umgebung, um für PendlerInnen aus allen Richtungen ‚Park-and-Ride-Plätze' mit Anschluß an das HEAG-Netz anbieten zu können. Wir haben über mehrere Tage dieses ‚parken und reiten' zu ‚Uni-Zeiten' getestet, und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß der Zeitaufwand insgesamt geringer wird, bzw. gleich bleibt. Und zusätzlich fällt der alltäglich zermürbende ‚Parkplatzkrieg' im Herzen Darmstadts an unserer geliebten TH weg.

Weitere Punkte sind, den Pendelbus TH Stadtmitte-Lichtwiese wieder zum Leben zu erwecken, neue Linien zu erschließen und bessere Fahrzeiten auszumachen. Genauere Infos (Park-and-Ride-Plätze) gibt es zu Semesterbeginn (Rückmeldung/Immatrikulation).

Da dieses Projekt nur auf ein Jahr beschränkt ist, gilt die Devise: Stürmt die Busse und Bahnen, damit die Semesterfahrkarte nicht nur ein Versuch bleibt und mit ihr Verbesserungen im gesamten HEAG-Netz erzielt werden können.

Projektgruppe Verkehr



Frauenmesse TOP '91 in Düsseldorf

Die Frauenmesse TOP '91 wurde nach dem Vorbild der schwedischen ‚Kvinnor Kan' – das bedeutet „Frauen können's" – vom Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW), der Düsseldorfer Messe und der Helga-Stödter-Stiftung veranstaltet.

Der großen Zielgruppe Frauen sollte dort ein gut gemischtes Programm geboten werden, um möglichst vielen Besucherinnen neue Anregungen und Ideen für ihre eigenen Leistungsmöglichkeiten zu geben.

Nur, wo genau lag eigentlich die Notwendigkeit für die TOP '91?

Die Messe sollte vor allem informieren. Sie sollte Beratungen und Ermutigung für Weiterqualifizierung geben. Außerdem wurde mit Hilfe der Messe das Selbstbewußtsein der Frauen gestärkt, denn auf der TOP '91 war die Frau in der Überzahl. Die Messe bot die Möglichkeit, mit Politikerinnen zu diskutieren. Politik für Frauen wird letztlich nur über die Parteien gemacht und so ist auf dem Weg zur Chancengleichheit der Dialog mit Politikerinnen und Politikern wichtig.

Die Messe bot die Gelegenheit, sich einem oder auch mehreren der zahlreichen Netzwerke anzuschließen. Vorausgesetzt, man ist eine erfolgreich im Berufsleben stehende Frau in einer Führungsposition. Chancen für Studentinnen konnten wir zumindest in diesem Bereich nicht entdecken.

Auf der Messe sollten zudem Leistungen, die Frauen erbracht haben, sichtbar gemacht werden. Denn noch immer, so lautete der allgemeine Tenor der Messe, leiden Frauen unter mangelndem Selbstbewußtsein. Bei den Leistungen interessierte weniger die Fachrichtung, als das Ergebnis. So bekamen wir auf der Messe u.a. Informationen über eine Beauty-Farm, ‚Schroth-'Kuren, Farbberatungen (zum günstigen Messepreis von 140 DM), das Netzwerk der Frauen bei Daimler Benz, Frauenförderung bei VW und zahlreichen Frauenverbänden, die teilweise nicht gerade dazu beitrugen, Vorurteile gegeüber der Leistungsfüähigkeit von Frauen abzubauen.

Beim Besuch der Messe mußten wir uns aber auch über ihre Zielsetzung im klaren sein. TOP '91 wollte die gesamte heterogene Gruppe von Frauen ansprechen. Dazu gehören sowohl die traditionellen Hausfrauen, die Halbtags-Berufstätigen wie die karrierebewußten Angestellten, aber auch Gleichstellungsbeauftragte oder Feministinnen.

Laut den Veranstalterinnen war es möglich, eine Messe für so unterschiedliche Interessengebiete zu machen, da es bei allen Frauen bestimmte gleichlaufende Lebensmuster gibt, die Probleme schaffen können. Um diese Probleme meistern zu können, sollten Messe und Kongreß Hilfestellungen und Angebote zur Lösung bereithalten. Wo und wie genau, blieb uns Frauen von der TH Darmstadt allerdings verborgen.

JS

Interdisziplinäres Kolloquium

'Technik, Gesellschaft, Natur': Künstliche Natur

15.7.91, 20.00 Uhr
Hörsaal 36 im Schloß

Künstliche Werkstoffe
Prof. Dr. Dr. h.c. H. E. Exner, FB 21

AG Neuro-Science

26.7.91, ab 10 Uhr
Raum 11/104

Workshop zu den Themen:
'Pharmakologische Beeinflussung von Lernen und Gedächtnis', 'Gehirn, Bewußtsein und der ganze Rest'...
Weitere Informationen am schwarzen Brett vor 11/23

Lesbisch-schwule Kulturtage Frankfurt

7.7.91 bis 14.7.,
Volksbildungsheim Ffm
(Eschernhm. Landstr.)

Talkshow, Theater, Fest, Demo...
weitere Infos am blauen Brett vor 11/23

Initiative gegen 'Schacht Konrad'

12.7.91, 14.00 Uhr
Raum 11/10

Informationsveranstaltung zum geplanten Atommüllendlager
Gerd Schmidt (Öko-Institut Darmstadt), Martin Kalinowski (IANUS)

Studienplatz-Tausch

Nachdem der Verband deutscher Studentenschaften (VdS) als Interessenvertretung aller deutschen Studierenden vor einiger Zeit in Auflösung zerfloß, entschlossen sich einige Leute, die Studienplatz-Tauschbörse in eigener Regie unter dem Namen 'Verein zur Förderung studentischer Belange' (VSB) weiterzuführen. Bislang sind 25 ASten Mitglied im VSB.

Um auszutesten, auf welches Interesse die Angebote des VSB in Darmstadt stoßen, werden hier als 'Werbung' einige Tauschangebote veröffentlicht. Die Resonanz wird uns vom VSB mitgeteilt werden, so daß gegebenenfalls auch der AStA der THD dem Verein beitritt.

Sollte sich ein passendes Tauschangebot finden, so ist eine schriftliche Nachricht mit folgenden Angaben notwendig:

- der gesamten ausgedruckten Zeile (siehe unten)
- des auf dem Ausdruck angegebenen Datums
- der Anschrift und Telefonnummer

Die Nachricht bitte an:

Büro für Studienplatztausch Postfach 18 29 5300 Bonn 1

Wer selber ein Tauschangebot machen will, kann direkt vom VSB ein Formular anfordern.

Tauschangebote Architektur:

1: 2-AR-MA5 von Braunschweig
2: 2-AR-UL6 von Kaiserslautern
3: 2-AR-NA6 von Braunschweig
4: 2-AR-OI6 von Stuttgart

Erster Eintrag: Semester (muß übereinstimmen)
Zweiter Eintrag: Studienfach

AStA-Hochschulreferat

Juli

im Schloßkeller

2	Dienstag Tuesday Mardi	Disco 3.-
3	Mittwoch Wednesday Mercredi	
4	Donnerstag Thursday Jeudi	Biergarten im Schloßhof
5	Freitag Friday Vendredi	
6	Samstag Saturday Samedi	...Wir machen unser Heiner-Fest selber!
7	Sonntag Sunday Dimanche	
8	Montag Monday Lundi	
9	Dienstag Tuesday Mardi	Disco 3.-
10	Mittwoch Wednesday Mercredi	
11	Donnerstag Thursday Jeudi	Jazz-Session Eintr. frei!
12	Freitag Friday Vendredi	Here The Beat 5.- Wave-Pop
13	Samstag Saturday Samedi	King Shimpanzee Jazz-Rock 5.-
14	Sonntag Sunday Dimanche	
15	Montag Monday Lundi	
16	Dienstag Tuesday Mardi	Disco 3.-
17	Mittwoch Wednesday Mercredi	
18	Donnerstag Thursday Jeudi	Bierabend m. Jazz-Session Eintritt frei!
19	Freitag Friday Vendredi	Back-Spiegel Connection Post-Modern Jazz 5.-
20	Samstag Saturday Samedi	Sommerfest

IN DER VORLESUNGSFREIEN ZEIT GILT UNSER

SOMMER-PROGRAMM

VOM 23.7. BIS 5.10. NÄHERES SIEHE RÜCKSEITE!

Die Bands im Juli:

Here The Beat – 12.7. "...Living Life is pornography..." Wavige Popmusik, bestimmt von eindringlichen, fast schon Sprechgesang zu nennenden Vocals.

King Shimpanzee – 13.7. Eine interessante Mischung aus Jazz und Rock. Verschiedene Musikstile werden abwechlungsreich und collagenhaft in Eigenkompositionen verbunden. Ergebnis ist eine außergewöhnliche Show mit einem farbenfrohen Programm.

Back-Spiegel Connection – 19.7. Post-Modern-Jazz. Bearbeitungen von Standards wechseln mit eigenen Kompositionen auf hohem Niveau. Die Band gründete sich Ende 1989. Peter Back – Tenor-Sax., Russ Spiegel – Gitarre; Micael Höfler – Kontra-u. E-Baß Wolfgang Güthler – Schlagzeug.

Gegen das Sommerloch:

Studentinnen-keller im Schloß

SCHLOSSKELLER
Musik Theater Disco

Mein schönstes Ferienerlebnis:

Juli

Di. 23.7. DISCO
Sa. 27.7. SALSA-DISCO
Mo. 29.7. FRAUEN-DISCO
Di. 30.7. DISCO

August

Do. 1.8. RAUCHFREIE DISCO
Sa. 3.8. WAVE, BEAT, INDI, PUNK-CLASSICS DISCO
Di. 6.8. DISCO
Sa. 10.8. DANCE SPECIALS
Di. 13.8. DISCO
Sa. 17.8. AFRO-DISCO
Di. 20.8. DISCO
Sa. 24.8. DANCE SPECIALS
Mo. 26.8. FRAUEN-DISCO
Di. 27.8. DISCO
Sa. 31.8. SALSA-DISCO

September

Di. 3.9. DISCO
Do. 5.9. RAUCHFREIE DISCO
Sa. 7.9. DANCE SPECIALS
Di. 10.9. DISCO
Sa. 14.9. AFRO-DISCO
Di. 17.9. DISCO
Sa. 21.9. DANCE SPECIALS
Di. 24.9. DISCO
Sa. 28.9. SALSA-DISCO
Mo. 30.9. FRAUEN-DISCO

Oktober

Di. 1.10. DISCO
Do. 3.10. RAUCHFREIE DISCO
Sa. 5.10. ERÖFFNUNG mit CANTO BRASIL

Eintritt: 3.- DM

ÖFFNUNGSZEITEN: 21.00 - 1.00
TELEFON: 06151 - 163117 FANPOSTADRESSE:
ASTA THD, HOCHSCHULSTR. 1, 6100 DARMSTD.

Das Sommer-Programm

Feste Termine

Öffnungszeiten der AStA-Büros:	
Büro Stadtmitte (Tel. 162117)	Mo–Fr 9.30–13 Uhr im Gebäude 11, Raum 50
Büro Lichtwiese (Tel. 163117)	Mo–Do 10.30–13.00 Uhr im ‚Glaskasten' in der Mensa
AStA-Termine:	
AStA-Sitzung	Mo **18 Uhr** im AStA
BAFöG-Beratung	Mi 13.30–16.30 Uhr in der Mensa LiWi im ‚Glaskasten'
Sozial- und Wohnberatung	Di 10.00–11.30 Uhr im AStA-Büro Stadtmitte
TAT-Umweltberatung	Mi 11–13 Uhr in der Mensa LiWi, Raum 60
AStA-Rechtsberatung	nach Vereinbarung, Infos im AStA-Büro
Fachschaften-Plenum	Alle 3 Wochen Mi, 16.30 Uhr im AStA
AusländerInnen-Ausschuß	Fr 13 Uhr im AStA
Frauenreferat	Mi 19.30 Uhr im AStA
HochDruck-Redaktionssitzung	Do 18 Uhr im AStA
Hochschulgruppen:	
Juso-Hochschulgruppe	Di 19 Uhr im Juso-Keller (Geb.11)
LSD (Liberale Studenten Darmstadts)	Mi 19 Uhr im ‚Barfög' (ehem. Karlshof-Kneipe)
Internationale Liste	Di 19 Uhr im AStA
FACHWERK	Alle 2 Wochen Di 20 Uhr in der BI-Fachschaft oder AStA
Andere Gruppen und Initiativen:	
TAT (Treff Angepaßte Technologie)	Mi 19.30 Uhr im AStA
Pink & Purple	Dienstag 19 Uhr in 11/101
BUND-Jugendgruppe	Alle 2 Wochen Do 19 Uhr in 11/25
Andere Termine oder Terminänderungen werden im AStA-Büro angenommen!	

Nächste

Lay-Out-Sitzung

des HochDruck:

irgendwann im nächsten Semester

um 18 Uhr im AStA.

Redaktionsschluß

einen Tag davor

Nächste

StuPa-Sitzung

am Mittwoch, den 16.7.91

um 20 Uhr in 12/31

Polizei übt das Eierwerfen

POTSDAM, 30. Juni (AFP). Die Potsdamer Polizei hat in Erwartung eines Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl das Eierwerfen geübt. Ergebnis des Tests: Die Treffgenauigkeit läßt nach, wenn das Ziel mehr als drei Meter entfernt ist. Entsprechend sollen nun nach dem Rat der Sicherheitsexperten die Absperrposten plaziert werden, wenn sich Kohl und andere hochrangige Gäste am 17. August zur Heimkehr der Preußenkönige einfinden. In ihren Särgen werden an diesem Tag der „Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm I. und sein Sohn Friedrich II. von der Hohenzollernburg Hechingen zum Schloß Sanssouci überführt.